

Information über die Sitzung des Gemeinderates am 17. Februar 2004

Antrag der SPD-Fraktion, Antrag der CDU-Fraktion: Terrasse Palatinum

Mit Schreiben vom 12.01.04 stellt die SPD-Fraktion folgenden Antrag:

In den Investitionsplan 2003 bis 2007 sind die erforderlichen Mittel für einen gefahrenfreien Terrassenbelag des Palatinums für das Jahr 2005 einzustellen.

Mit Schreiben vom 22.01.2004 stellt die CDU-Fraktion folgenden Antrag:

Nachdem mit einer Sanierung der Holzterrasse Palatinum wohl nicht mehr zu rechnen ist, beantragen wir zur Beseitigung der unzumutbaren Sicherheitsrisiken, besonders bei Nässe, in diesem Zusammenhang die Belegung der Fläche mit einem anderen Material als Holz, wie dies ausschließlich von Mitgliedern der CDU schon ursprünglich gefordert. Eine Sanierung mit Holzbohlen auf Kosten der Gemeinde lehnen wir ausdrücklich ab.

Beiden vorliegenden Anträgen entnimmt die Verwaltung, dass die Absicht besteht, den kompletten vorhandenen Belag gegen einen neuen auszutauschen. Unabhängig davon, welches Material für den Belag in Frage kommt, ist dabei folgendes zu beachten:

1. Das über einen Architektenwettbewerb bestimmte Architekturbüro Hübner + Erhard kann Urheberrechte für das Projekt in Anspruch nehmen. Somit sind auch die Architekten in die Entscheidungsfindung mit einzubeziehen.
2. Die TSG „1886“ Mutterstadt ist als Miteigentümer in die Entscheidungen einzubeziehen. Die Verwaltung hat unabhängig vom noch zu ermittelnden Umfang und Art eines neuen Belags im Wirtschaftsplan Palatinum 127.000,00 € für das Wirtschaftsjahr 2004 eingestellt.

Aussprache:

Die FWG-Fraktion schlägt vor, zunächst drei bis fünf Bohlen zu demontieren und in einer vierseitigen Hobelanlage zu bearbeiten. Sollte dies funktionieren, könnte der gesamte Belag so bearbeitet und anschließend neu mit fünf Millimeter Zwischenräumen verlegt werden.

Die CDU-Fraktion gibt zu bedenken, dass auch ein neuer Holzbelag glatt sein kann.

Der Vorsitzende bittet, jetzt nicht in die Fachdiskussion einzusteigen, sondern lediglich den im Wirtschaftsplan einzustellenden Betrag zu beschließen.

Beschluss:

1. (Antrag der SPD-Fraktion:)
Im Wirtschaftsplan 2004 sind die erforderlichen Mittel für einen gefahrenfreien Terrassenbelag des Palatinum einzustellen.
Bei 24 Ja-Stimmen und einer Enthaltung.
2. (Antrag der CDU-Fraktion:)
Die Terrasse des Palatinum soll mit einem anderen Material als Holz belegt werden.
Bei neun Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und einer Enthaltung.
3. (Vorschlag der Verwaltung:)
Der Terrassenbelag des Palatinum soll erneuert werden. Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit den Architekten und der TSG die möglichen Varianten zu prüfen und zu gegebener Zeit im zuständigen Gremium zur Entscheidung vorzulegen.
Einstimmig.

Beschluss über den Wirtschaftsplan Palatinum für das Jahr 2004

Die Verwaltung hat den Wirtschaftsplan 2004 erstellt, der im Erfolgsplan in den Einnahmen und Ausgaben mit je 1.070.700,00 € und im Vermögensplan in den Einnahmen und Ausgaben mit je 430.000,00 € ausgeglichen ist. Eine Verlustausweisung ist nicht erforderlich, da die Gemeinde Zuweisungen für den Schuldendienst über 424.900,00 € und einen Betriebskostenanteil von 361.000,00 € übernimmt.

Darlehensaufnahmen und Verpflichtungsermächtigungen sind im Wirtschaftsplan nicht veranschlagt. Der Höchstbetrag des Kassenkredites, der zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben des Wirtschaftsjahres 2004 in Anspruch genommen werden darf, wird auf 200.000,00 € festgesetzt.

Beschluss bei 23 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Enthaltung:

Dem Wirtschaftsplan 2004 für das Palatinum in der vorliegenden Fassung wird zugestimmt.

Beschluss über den Wirtschaftsplan der Abwasserbeseitigungseinrichtung für das Jahr 2004

Die Verwaltung hat den Wirtschaftsplan für 2004 erstellt, der im Erfolgsplan in den Einnahmen und Ausgaben mit je 2.197.100,00 € und im Vermögensplan in den Einnahmen und Ausgaben mit je 743.000,00 € ausgeglichen ist. Der Bilanzgewinn wird voraussichtlich 75.700,00 € betragen. Zur Bestreitung der Investitionsmaßnahmen sind keine Darlehen erforderlich. Den Rücklagen werden 212.300,00 € entnommen. Verpflichtungsermächtigungen sind keine ausgewiesen. Der Höchstbetrag des Kassenkredites zum Ausgleich des Vermögensplans, der zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben des Wirtschaftsplanes 2004 in Anspruch genommen werden darf, wird auf 450.000,00 € festgesetzt und ist in der vom Gemeinderat noch zu beschließenden Haushaltssatzung für das Jahr 2004 eingestellt.

Einstimmiger Beschluss:

Dem Wirtschaftsplan 2004 der Abwasserbeseitigungseinrichtung der Gemeinde Mutterstadt in der vorliegenden Fassung wird zugestimmt.

Haushaltsplan der Gemeinde Mutterstadt für das Haushaltsjahr 2004

a) Beschluss über den Finanzplan und das Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2003 bis 2007

b) Beschluss über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2004

Die Verwaltung hat die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2004 sowie den Finanzplan und das Investitionsprogramm für die Jahre 2003 bis 2007 im Entwurf gefertigt. Der Verwaltungshaushalt schließt mit einem Überschuss von 283.255,00 € ab, der dem Vermögenshaushalt zugeführt wird. Für die Bestreitung der Investitionsmaßnahmen sind Darlehen über 1.556.828,00 € und Verpflichtungsermächtigungen von 26.000,00 € veranschlagt. Die Höchstbeträge der Kassenkredite, die zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben erforderlich sind, werden im Haushalt auf 2.500.000,00 €, für die Abwasserbeseitigung auf 450.000,00 € und für das Palatinum auf 200.000,00 € festgesetzt.

Haushaltsrede von Bürgermeister Ewald Ledig:

Sehr geehrte Frau Beigeordnete,
sehr geehrte Herren Beigeordnete,
verehrte Damen und Herren des Gemeinderates,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
verehrte Gäste,

im Mittelpunkt der heutigen Sitzung des Gemeinderates stehen die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan für das Jahr 2004 sowie Finanzplan und Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre bis 2007.

Das 244 Seiten umfassende Werk ist im November 2003 in den Fachausschüssen vorberaten worden. Mit der Weihnachtspost konnte der Entwurf des Haushaltsplans an die Damen und Herren des Gemeinderates verschickt werden.

Dieser Entwurf war im Verwaltungshaushalt unausgeglichen. Der Ältestenrat befasste sich am 05. Januar mit dem Werk, dem der Haupt- und Finanzausschuss am 20. Januar noch einige Änderungen abverlangte. Vor allem im Bereich freiwilliger Leistungen wollte man noch einige Einsparungen. Diese wurden zu einer zweiten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 03. Februar eingearbeitet. Mehrheitlich wurde schließlich die neue Fassung mit den eingearbeiteten Änderungen dem Gemeinderat zur Beschlussfassung empfohlen. Nochmals traf sich der Ältestenrat am 09. Februar, um die heutige Sitzung vorzubereiten.

Das wichtigste vorweg: Der Verwaltungshaushalt ist im Haushaltsjahr 2004 ausgeglichen.

Doch nun der Reihe nach.

Das Ministerium des Innern und für Sport hat im November 2003 wieder Leitlinien und Hinweise für die kommunale Haushaltswirtschaft 2004 veröffentlicht.

„Die kommunale Haushaltsplanung 2004 erfolgt unter den bestehenden Unsicherheiten im Hinblick auf die noch nicht abgeschlossenen Entscheidungsprozesse auf Bundesebene. Das Ergebnis der Beratungen im Bundestag und Bundesrat zu den umfassenden Reformvorhaben der Bundesregierung und deren finanzielle Auswirkungen sind derzeit noch nicht einschätzbar.

Der Finanzplanungsrat, dem unter anderem auch Vertreter der Gemeinden und Gemeindeverbände angehören, hat in seiner Juni-Sitzung 2003 die Haushaltsentwicklung 2003 sowie die Gestaltung der Haushalte 2004 und der Finanzpläne bis 2007 erörtert. Ein einvernehmlicher Beschluss zu den finanzpolitischen Rahmenbedingungen konnte nicht gefasst werden. Dennoch hat die am 21. März 2002 beschlossene Empfehlung weiterhin Gültigkeit, wonach in den Jahren 2003 und 2004 der Bund seine Ausgaben im Schnitt um $\frac{1}{2}$ % pro Jahr vermindern sowie die Länder und Gemeinden ihr jährliches Ausgabenwachstum auf jeweils 1 % im Jahresdurchschnitt begrenzen sollen. Diese Ausgabenbegrenzungen sind Voraussetzung, um die Einhaltung der Defizitobergrenzen des Maastricht-Vertrages wieder zu erreichen und auf Dauer zu erhalten.

Auf Grund dieser Ausgangslage ist die Fortsetzung des strikten Sparkurses zwingend erforderlich. Ansatzpunkte für Konsolidierungsmaßnahmen sind in meinem Rundschreiben vom 05. Dezember 1996 (MinBl. 1997, S. 3) beispielhaft erwähnt.“

In einem Rückblick auf das Ende des Jahres 2003 möchte ich aus einem Aufsatz des Gemeinde- und Städtebundes zitieren: „Wie erwartet, kam es zur Einigung im Streit um die Steuerreform und die so genannte Gemeindefinanzreform quasi in der letzten Stunde vor Weihnachten. Die Entscheidung brachte in Bezug auf die Gewerbesteuer, wie eigentlich ebenfalls nach der Gesamtentwicklung zu erwarten, keine systematische Veränderung mit sich. Am Ende war die Regelung der Gewerbesteuer weit ab von dem Titel „Gemeindefinanzreform“. Bei den derzeitigen Rahmenbedingungen für politische Entscheidungen auf der Bundesebene war das aus kommunaler Sicht das beste zu erzielende Ergebnis.

Natürlich kann das Ergebnis - insbesondere in der Größenordnung - als Entscheidung zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte nicht befriedigen. Befriedigend ist aber insbesondere, dass noch einmal die Abwehr der Versuche, besonders der Großindustrie, zur Beseitigung der Gewerbesteuer als Band zu den Kommunen gelungen ist. Die Gewerbesteuer wurde nicht auf dem Altar der angeblichen Globalisierungs- und Wettbewerbszwänge geopfert. Befriedigend ist auch die Begrenzung der Abzugsfähigkeit von Verlusten aus Fusionen, Übernahmen, Aufkäufen maroder Firmen und dergleichen.

Es wurde eine Senkung der Gewerbesteuerumlage erreicht. Ab 2004 soll sie rd. 20 % des Bruttoaufkommens ausmachen. Konkret wurden der Bundes- und Landesvervielfältiger in 2004 um je 18 Punkte (= 36), ab 2005 um 19 Punkte (= 38) gesenkt. Das sind konkret für 2004 rd. 2,3 Mrd. € Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer (wenn man Rheinland-Pfalz pauschal mit 5 % berechnet, in unserem Land 110 Mio. € Mehreinnahmen).“

Und damit, sehr geehrte Damen und Herren, kommen wir nun zu unserem Haushalt.

Der Haushaltsplan 2004 schließt im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt mit einem Gesamtvolumen von 17.385.585,00 € ab. Davon entfallen auf den Verwaltungshaushalt 13.097.255,00 € und auf den Vermögenshaushalt 4.288.330,00 €. Im Etat 2004 sind Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 26.000,00 € für den Grunderwerb zur Erweiterung des Friedhofes vorgesehen. Zur Finanzierung des Gesamthaushaltes werden die noch vorhandenen Rücklagen in Höhe von 32.137,00 € aufgelöst und ein Darlehen über 1.556.828,00 € benötigt. Kassenkredite dürfen zur Aufrechterhaltung der Kassenliquidität bis zum Höchstbetrag von 2.500.000,00 € in Anspruch genommen werden.

Der Verwaltungshaushalt ist im Haushaltsjahr 2004 ausgeglichen. Den tatsächlichen Einnahmen von 13.097.255,00 € stehen Ausgaben, einschließlich der Pflichtzuführung, in Höhe von 12.955.000,00 € gegenüber. Somit ergibt sich ein Überschuss von 142.255,00 €, der dem Vermögenshaushalt zugeführt werden kann.

Das vorstehende Ergebnis ist überwiegend dem Umstande zuzuschreiben, dass in diesem Jahr eine einmalige Konzessionsabgabe des Zweckverbandes für Wasserversorgung über 280.000,00 € zu erwarten ist und der Vervielfältiger bei der Gewerbesteuerumlage von 118 auf 82 %-Punkte gesenkt wurde.

Im Grunde nach ist das vorgeplante Ergebnis nicht befriedigend. Trotz der im Haushaltsjahr 2003 eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen wäre, ohne das Vorgesagte, eine positive Gestaltung des Haushaltes nicht möglich. Hauptsächliche Ursachen hierfür sind darin zu sehen, dass zum Teil erhebliche Aufwendungen für gemeindliche Einrichtungen, so genannte freiwillige Leistungen und die darauf beruhenden Folgekosten zu bestreiten sind. Die Gemeindebibliothek, die Jugendfreizeitstätte, das Palatinum, der Kinderhort, aber auch der Sportpark und das Haus der Vereine u.a. sind hier nur beispielhaft zu erwähnen. Die Betriebs- und Personalkosten für alle gemeindlichen Einrichtungen sind, ohne dass dadurch der Bestand gefährdet wird, auf das Notwendigste zurückzuführen. Einen ersten Schritt hat die Verwaltung mit der Einrichtung der Hausmeisterdienste verwirklicht. Im Weiteren ist die Bewirtschaftung und der Betrieb des Palatinum neu zu gestalten. Die derzeit hohe Bezuschussung kann auf Dauer so nicht hingenommen werden. Die Finanzkraft der Gemeinde wird durch diese Einrichtung derart in die Pflicht genommen, dass für weitere Folgekosten, wie sich dies zwangsläufig aus der im Bau befindlichen Feuerwache ergibt, kein Spielraum mehr vorhanden ist. Notwendige Aufgaben im Zusammenhang mit der inner- und außerörtlichen Entwässerung, mit der Änderung der Straßenführung im Bereich des Alten Rathauses und im Bereich der Oggersheimer-/ Ruchheimer Straße müssen daher teilweise zurückgestellt oder aus dem Investitionsprogramm gestrichen werden.

Damit die Handlungsfähigkeit der Gemeinde auf Dauer gesichert bleibt, müssen im Gesamthaushalt, im Finanzplan und im Investitionsprogramm der Jahre 2003 bis 2007 alle möglichen Einsparungen ernsthaft, konsequent und über alle parteipolitischen Grenzen hinweg angegangen werden. Es ist von jeglicher Investitionstätigkeit zu warnen, die nur mit Krediten finanziert werden. Von einem solchen Tun ist insbesondere dann abzuraten, wenn die reichlich vorhandenen Baugrundstücke nicht in der geplanten zeitlichen Abfolge verkauft werden können. Der notwendige Effekt, im Verwaltungshaushalt Mittel zur Finanzierung von Investitionen des Vermögenshaushaltes zu erwirtschaften, wird im Finanzplanungszeitraum bis Mitte des Jahres 2006 nicht möglich sein. Es ist daher abzusehen, dass in 2006 der vorhandene Sparkassenbrief verkauft und das der Pfalzwerke gewährte Darlehen nicht verlängert werden kann.

In Kenntnis dieses Sachverhaltes ist es notwendig, künftige Investitionen und Baumaßnahmen auf ihre Kostenhöhe zu fixieren und in zeitliche Prioritäten einzureihen. Die Vergabe einer Maßnahme darf künftig nur dann realisiert werden, wenn einerseits die Finanzierung gesichert ist und andererseits die daraus erwachsenden Folgekosten geleistet werden können. Die dauernde Leistungsfähigkeit und die so genannte freie Finanzspitze ist bei künftigen Großinvestitionen seitens des Rates und seiner Ausschüsse zu hinterfragen. Nur so ist gewährleistet, dass nachfolgenden Generationen ein gewisser Handlungsspielraum verbleibt.

Die Einnahmenseite des Verwaltungshaushaltes hat sich gegenüber dem zurückliegenden Haushaltsjahr in einigen Positionen verbessert. Bedingt durch die Angleichung des Hebesatzes an die landeseinheitliche Nivellierung, ist die Grundsteuer B erhöht in Ansatz zu bringen. Die bisherigen Veranlagungen bei der Gewerbesteuer lassen ein leichtes Anheben der Einnahmen zu. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und die Umsatzsteuer- und Schlüsselzuweisungen werden, wenn auch bescheiden, eine Mehreinnahme erbringen. Neu ist die Erhebung von Gebühren für die Ausleihung der Medien in der Bibliothek.

Einnahmen des Verwaltungshaushaltes

Verlässliche Ausgangspunkte zur Erstellung des Haushaltsplanes und des Finanzplanes für den Planungszeitraum bis zum Jahre 2007 liegen den Gemeinden nicht vor. Die unverhältnismäßig hohen Arbeitslosenzahlen und die vielfach herbeigeredete Rezession geben zu Optimismus bezüglich der Einnahmeverbesserung nur wenig Anlass. Auf Grund der in der Vergangenheit gewonnenen Erfahrung hat sich die Verwaltung bei der Veranschlagung der Steuereinnahmen besondere Zurückhaltung auferlegt und ist nur bedingt den vom Ministerium des Innern und für Sport vorgegebenen Empfehlungen nachgekommen. Die vom Finanzplanungsrat auf Grund der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vorgegebene finanzpolitische Situation wurde von der Verwaltung regionalisiert und in den Haushaltsplan eingestellt. Der Spielraum, der sich insbesondere bei der Gewerbesteuer und bei den Einkommensteuerzuweisungen ergibt, wird ganz erheblich von der auf das Jahr 2004 vorzuziehenden Steuerreform und von dem angestrebten Gemeindefinanzierungsgesetz beeinflusst.

Auf Grund der Hebesatzänderungen sind bei der Grundsteuer A (unbebaute Grundstücke) 1 T€ und bei der Grundsteuer B (bebaute Grundstücke) 120 T€ Mehreinnahmen zu erwarten. Die bisherigen Veranlagungen zur Gewerbesteuer werden gegenüber dem Vorjahr ca. 105 T€ mehr erbringen. Der Anteil an der Einkommensteuer (+ 100 T€), der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer (+ 5 T€) und die Schlüsselzuweisung (+ 38 T€) ist erhöht veranschlagt. Das Aufkommen bei der Vergnügungs- und Hundesteuer ist unverändert fortgeschrieben. Die Ausgleichsleistung des Landes nach § 21 LFAG wird in der Höhe des Vorjahres erwartet.

Die Einnahmen bei den Gebühren und Entgelten sind in der Tendenz gegenüber dem Vorjahr ansteigend und ist auf die neu eingeführte Benutzungsgebühr bei der Bibliothek zurückzuführen.

Die Verwaltungs- und Betriebseinnahmen, die Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung und die Einnahmen aus dem Verkauf von Radweg- und Wanderkarten, Aufklebern, Familienstammbüchern, Verpflegungskostensatz, Chroniken, Seniorenfahrten usw. wurden in der zu erwartenden Höhe fortgeschrieben. Die Einnahmen von übrigen Bereichen sind im wesentlichen konstant und betreffen die Abführungen des Palatinum und der Abwasserbeseitigungseinrichtung für die von der Gemeinde erbrachten Verwaltungskosten.

Die Zuweisungen, Zuschüsse und Erstattungen weisen gegenüber dem Vorjahr keine größeren Bewegungen aus und wurden kontinuierlich fortgeschrieben. Dies ist ebenso zutreffend für die Einnahmen aus Dividenden und Zinsen. Die Konzessionsabgaben aus der Strom- und Gasversorgung wurden leicht erhöht. Einmalig in den Haushaltsplan eingestellt sind Konzessionseinnahmen aus der Frischwasserversorgung.

Die inneren Verrechnungen für den Bauhof und für die Hausmeisterdienste sowie die kalkulatorischen Einnahmen wurden auf Grund der erforderlichen Fortschreibungen veranschlagt.

Ausgaben des Verwaltungshaushaltes

Die Personalausgaben wurden gegenüber dem Vorjahr mit einem Zuwachs von ca. 2 % berechnet. Die Mehrausgaben betragen ca. 149 T€ und dienen der Finanzierung der zu erwartenden Tarifierhöhungen sowie der sich hieraus ergebenden Beiträge. Die Personalbewegungen innerhalb der Verwaltung sind ebenfalls berücksichtigt.

Der sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand erhöht sich um ca. 15 T€ und verteilt sich auf viele Haushaltspositionen. Abweichungen im Plus- und Minusbereich sind der Übersicht über die Sammelnachweiskonten zu entnehmen. Die Verrechnungen des Bauhofs wurden neu zugeordnet und sind hier nicht mehr nachgewiesen. Die kalkulatorischen Kosten sind ansatzkonform fortgeschrieben.

Die Zuweisungen und Zuschüsse im Allgemeinen sind gegenüber dem Vorjahr unverändert. Die an das Palatinum zu erbringende Zuweisung als Betriebskosten wurde um 55 T€ erhöht. Die an den Gewässerverband Isenach-Eckbach zu zahlende Umlage ist gleichbleibend angesetzt. Die Mittel zur Förderung des Sports, zur Förderung des Nahverkehrs, zur Förderung der Musik- und

Gesangvereine sind um 50 % zurückgenommen. Die Ausgaben zur Durchführung der Seniorenfahrten sind in kaum geänderter Höhe veranschlagt.

Die Entwicklung der Zinsausgaben orientiert sich am Schuldendienst für die bestehenden Darlehen und berücksichtigt die voraussichtlich in 2004 kurzzeitig in Anspruch zu nehmenden Kassenkredite.

Die Gewerbesteuerumlage ist jeweils abhängig vom jährlichen Gewerbesteuer-Ist-Aufkommen und dem vom Gesetzgeber vorgegebenen Vervielfältigungssatz. Der Vervielfältiger für das Jahr 2004 wurde im Dezember 2003 von bisher 118 %-Punkten auf 83 %-Punkte gesenkt. Dies bedeutet, dass mit einer Minderzahlung in Höhe von ca. 120.000,00 € zu rechnen ist. Die Finanzausgleichsumlage und die Umlage „Fonds Deutsche Einheit“ ist gekoppelt an die Steuerkraftmesszahl des jeweils zu Grunde zu legenden Berechnungszeitraumes und fast gleichbleibend. Die Kreisumlage vermindert sich gegenüber dem Jahr 2003 um ca. 118 T€ und berücksichtigt den vom Rhein-Pfalz-Kreis für 2004 geplanten Umlagesatz sowie den Progressionszuschlag.

Die Zuführung des Verwaltungshaushaltes an den Vermögenshaushalt beträgt 283 T€ und beinhaltet die Pflichtzuführung in Höhe der Darlehenstilgung.

Einnahmen des Vermögenshaushaltes

Das Volumen des Vermögenshaushaltes 2004 beläuft sich auf 4.288.330,00 €. Zum Ausgleich des Vermögenshaushaltes werden Darlehen über 1.556.828,00 € benötigt. Die Pflichtzuführung vom Verwaltungshaushalt beträgt 141.000,00 €. Der allgemeinen Rücklage wird der dortige Restbestand über 32.147,00 € entnommen.

Aus dem Verkauf von beweglichem Vermögen sind Einnahmen von 5 T€ veranschlagt. Aus den an den Kreiswohnungsverband und an die Kreisverwaltung Rhein-Pfalz-Kreis gewährten Darlehen werden Rückflüsse von 24 T€ erwartet. Die Investitionsschlüsselzuweisungen betragen 35 T€. Das Land gewährt Zuschüsse in Höhe von 3 T€ für die Feuerwehr und 302 T€ für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses. Der wiederkehrende Ausbaubeitrag ist mit 106 T€ veranschlagt. Die Ablösung privater Stellplätze erbringt 4 T€. Nach Abrechnung des Erschließungsvertrages „Am Alten Damm“ sind Zuweisungen über 147 T€ zu vereinnahmen. Die Grundstückserlöse sind mit 1.790 T€ in den Haushaltsplan eingestellt.

Ausgaben des Vermögenshaushaltes

Im Haushaltsjahr 2004 werden der Versorgungsrücklage 4 T€ zugeführt. Als Investitionshilfe für Ruanda sind 2,5 T€ vorgesehen. Für die Nachrüstung der EDV werden 62 T€ und für den Erwerb von Anlagevermögen 43 T€ erforderlich sein. Für den Neubau der Feuerwache ist die Restfinanzierung über 2.817 T€ bereitgestellt. Weitere Ausgabepositionen des Vermögenshaushaltes sind Landschaftspflegeplan und ökologische Maßnahmen, Zuweisungen an den ev. und kath. Kindergarten, Haus des Kindes, Kinderspielplätze, Wiederkehrender Baukostenzuschuss an den Kegelverein, Ortskernsanierung, Ausbau öffentlicher Verkehrsanlagen, Erneuerung von Straßenleuchten, Gewässerausbau, Zahlung für Sicherheitseinhalte und Mehrwertsteuernachzahlungen für Palatinum, und Leitungsverlegung Beregnungsverband. Für die Erschließungs- und Verfahrenskosten des Baugebietes „Am Alten Damm“ sind 610 T€ vorgesehen. Die Darlehenstilgungen betragen 141 T€.

Im Vermögenshaushalt sind Verpflichtungsermächtigungen über 26.000,00 € zu Lasten des Haushaltes 2005 ausgewiesen, die für den Grunderwerb zur Erweiterung des Neuen Friedhofes in Anspruch genommen werden können.

Und wie, sehr geehrte Damen und Herren, sieht die weitere Finanzplanung aus?

Schlimm, wenn man bedenkt, dass die Konzessionsabgabe des Wasserzweckverbandes in Höhe von 280 T€ dafür gesorgt hat, in 2004 einen ausgeglichenen Verwaltungshaushalt vorzulegen. Diese Summe wird uns in den Folgejahren fehlen.

Um so mehr wird es erforderlich sein, gemeindeeigene Grundstücke zu verkaufen. Schon in der Vergangenheit war die Verwaltung intensiv um die Vermarktung eigener Grundstücke bemüht; im einen oder anderen Fall ist es auch gelungen. Die große Frage wird nun sein, ob ab 2005, wenn die Erschließung „Am Alten Damm“ beendet sein wird, Käufer für unsere Grundstücke gefunden werden.

Wir werden uns auch weiterhin bemühen, Grundstücke im alten Ortskern - einschließlich jetziges Feuerwehrgelände - zu vermarkten.

Ansonsten gilt: Eine Verbesserung der Finanzlage und eine Sanierung der kommunalen Haushaltssituation ist nur durch eine nachhaltige, dauerhafte Reduzierung von Standards - das sind Rechtsansprüche unserer Bürger und Einwohner, das sind Leistungen, die sie alltäglich empfangen, das sind Vorgaben des Gesetzgebers und der Rechtsprechung (und der Rechtsprechung auch nur, weil vorher ein Gesetzgeber ein Gesetz erlassen hat) - erreichen lassen. Standardabbau geht nicht, wenn man nicht bereit ist, Leistungen für die Bürger abzubauen, abzuschaffen oder einzuschränken.

Beispiele erspare ich mir; sie sind allseits bekannt.

Nur Einsparungen im Bereich der freiwilligen Leistungen gepaart mit gleichzeitiger Erhöhung der Einnahmen helfen uns weiter!

Lassen Sie mich zum Schluss - trotz mancher Meinungsverschiedenheiten und verschiedener Standpunkte in einigen wenigen Themen - allen, die zum Gelingen des Haushaltsplans 2004 beigetragen haben, herzlich danken:

- der Dame und den Herren Beigeordneten Brechtel, Heller und Schneider,
- allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, besonders den Abteilungsleitern, der Gleichstellungsbeauftragten und der Geschäftsleitung des Palatinum,
- den Damen und Herren von CDU, SPD, FWG, FDP sowie Grünen im Gemeinderat und in den Fachausschüssen, die diesen Plan vorberaten und zur heutigen Beschlussfassung empfohlen haben.

Mit meinem Dank darf ich Sie gleichzeitig bitten, dem vorliegenden Finanzplan, Investitionsprogramm und Haushaltsplan für das Jahr 2004 zuzustimmen.

Haushaltsrede von Joachim Greiff (CDU):

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Ledig,
verehrte Beigeordnete Frau Brechtel, Herr Heller und Herr Schneider,
liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat,
meine Damen und Herren!

In wenigen Monaten geht die 5-jährige Legislaturperiode des Gemeinderates zu Ende. Auch nach der Kommunalwahl am 13. Juni 2004 bleibt die politische Herausforderung für die Gemeinde Mutterstadt die Gleiche, nämlich die konsequente Herabsetzung der Ausgaben in allen Bereichen kommunaler Politik.

Die Haushaltsslage der Gemeinde wird sich in den nächsten Jahren noch drastisch verschlechtern.

Mit dem ersten Entwurf des Haushaltsplans, den die Verwaltung im Dezember 2003 dem Rat vorgelegt hat, waren die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschuss nicht zufrieden. Deshalb ist der ursprüngliche Termin für die Gemeinderatssitzung von Anfang auf Mitte Februar verschoben worden.

Der vorliegende Verwaltungshaushalt ist nun ausgeglichen.

Finanzielle Rahmenbedingungen

Einmalig wird in diesem Jahr ein finanzieller Geldregen in Höhe von 280.000,00 € niedergehen, bedingt durch die vom Zweckverband für Wasserversorgung an die Gemeinde Mutterstadt gezahlte Konzessionsabgabe für Frischwasser. Damit sind die hohen Rücklagen des Verbandes abgeschöpft und das eine oder andere finanzielle Loch im Gemeindehaushalt ist vorübergehend gestopft.

Der Ansatz bei den Ausgaben der Gemeinde für die Gewerbesteuerumlage konnte durch die Senkung des Hebesatzes um ca. 120.000,00 € auf 394.000,00 € zurückgenommen werden.

So kann jetzt ein Überschuss von 142.000,00 € dem Vermögenshaushalt zugeführt werden.

Durch vorgesehene Grundstücksverkäufe erhofft sich die Verwaltung Einnahmen im Vermögenshaushalt von 1.790.000,00 €

Zur Finanzierung des Haushaltes muss die Verwaltung die gesamte Rücklage von 32.000,00 € auflösen.

Kreditvolumen über 10 Mio. €

Zu Beginn des Jahres 2004 beträgt die Höhe der Verschuldung der Gemeinde Mutterstadt 2.983.000,00 €. Rechnet man das Kreditvolumen des Palatinum in Höhe von 6.628.000,00 € hinzu, kommt der Betrag von 9.611.000,00 € zusammen.

Durch den Neubau des Feuerwehrgerätehauses werden weitere Finanzmittel benötigt. Die Verschuldung wird deshalb im laufenden Haushaltsjahr um weitere 1.557.000,00 € ansteigen.

Dem stehen Tilgungen von nur 141.000,00 € im Rahmen des Vermögenshaushaltes der Gemeinde und 105.000,00 € im Wirtschaftsplan des Palatinum gegenüber.

Am Jahresende 2004 wird Mutterstadt mit einer Verschuldung von 10.922.000,00 € die 10 Mio.-Marke überschritten haben.

Zinsausgaben steigen auf über 600.000,00 € an

Die Zinsen für Darlehen und Kassenkredite im Wirtschaftsplan des Palatinum belaufen sich auf eine Höhe von 325.000,00 €. Weitere 281.000,00 € kommen durch den Verwaltungshaushalt der Gemeinde hinzu. Die Gesamtsumme beträgt somit 606.000,00 €

Die CDU-Fraktion sieht damit den finanziellen Handlungsspielraum künftiger Generationen als stark gefährdet an. Wir fordern von der Verwaltung einen wesentlich radikaleren Einsparkurs auf der Ausgabenseite.

Die Liquidität der Gemeinde Mutterstadt sollen Kassenkredite bis zu einer maximalen Höhe von 2.500.000,00 € aufrecht erhalten.

„Tafelsilber“ der Gemeinde

Wir haben zwar noch ein Sparkassenbrief, Stückaktien und ein gewährtes Darlehen an die Pfalzwerke AG als „Tafelsilber“ der Gemeinde Mutterstadt. Der Wert wird sich am Ende des Haushaltsjahres auf 6.893.000,00 € belaufen. Die Laufzeit des Sparkassenbriefs und des Darlehns enden beide im Laufe des Haushaltsjahres 2006.

Es wäre aber nach unserer Meinung dann kurzfristig gedacht, alle Anlagen aufzulösen und zur Rückzahlung der Kredite zu nehmen. Die Anlageformen haben sich bisher durch gute Zinskonditionen und eine stabile Dividendenzahlung bewährt.

Einsparungen

Auf diese Haushaltssituation kann es nur im Bereich der Ausgaben eine Antwort geben: eine konsequente tiefgreifende Kostenreduzierung.

Die CDU fordert deshalb von der Verwaltung, alle Maßnahmen zukünftig intensiver auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen.

Die Verwaltung beruft sich in diesem Zusammenhang auf ihre Bemühungen im Jahr 2003. Das waren:

- 1.) Eine Ausgabensperre von 20 %, deren Einsparvolumen nicht genau von der Verwaltung beziffert werden konnte. Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die Anfrage der CDU zum Nachtragshaushalt vom 28.10.2003.
- 2.) Kürzungen der freiwilligen Leistungen an die Mutterstadter Vereine.
- 3.) Bildung eines Hausmeisterpools für alle öffentlichen Einrichtungen.

Die Bevölkerung hat schon längst begriffen, dass nicht alles Wünschenswerte mehr machbar ist. Sie ist daher auch bereit, Sparmaßnahmen mitzutragen. Daher erwarten sie konkrete Maßnahmen der Verwaltung.

Entwicklung der Personalkosten

Durch die Umstrukturierung der Gemeindeverwaltung, auf der Grundlage des vorgelegten Verwaltungsgliederungsplans, ist ein langfristiger Stellenabbau zur massiven Personalkosteneinsparung unumgänglich.

Die CDU hatte im letzten Jahr die von Jahr zu Jahr gestiegenen Personalkosten moniert.

Wir stellen heute mit Genugtuung fest, dass sich im vorliegenden Haushaltsplanentwurf die Personalkosten - bei der gemeinsamen Betrachtung des Personals von Verwaltung und Palatinum - gegenüber dem Entwurf des Vorjahres nicht erhöht haben.

Sie haben uns darüber hinaus in den letzten Gesprächen weitere Einsparpotenziale für die nächsten Jahre aufgezeigt. Mit diesen Einsparungen könnten unseres Erachtens Kostensteigerungen im Personalsektor auch in den nächsten Jahren vermieden werden.

Schon jetzt sind „ku“ oder „kw“ Vermerke im Stellenplan gesetzt, die nach dem Ausscheiden der Mitarbeiter eine Neubesetzung der Stellen nicht mehr automatisch zulassen.

Wir erwarten, dass Sie diese von Ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen auch konsequent umsetzen und dass damit auch in den nächsten Jahren die Personalkosten nicht steigen werden.

Wir werden Sie daran messen.

Zusammenarbeit mit der Verwaltung

Die Zusammenarbeit mit dem Bürgermeister und Teilen der Verwaltung fiel dem Rat oftmals recht schwer. Grund ist das defensive Verhalten, das sich an vielen Punkten festmachen lässt. Eigene Initiativen und Konzepte sind rar geworden. Anregungen werden von der Verwaltung eher als Arbeitsbelastung denn als Chance verstanden, in einer Sachfrage gemeinsam voran zu kommen.

Schwerfällig, teils resignierend - teils aussitzend, oft konzeptlos und ohne Schwung und Elan, versucht sich die Verwaltung so von einem ins andere Jahre hinüber zu retten. Sie hat enorme Chancen vertan. Lösungen werden dadurch zukünftig immer schwieriger.

Wir fragen uns, wie lange geht das noch gut?

Erlös aus Grundstücksverkäufen

Die Realisierung von Einnahmen durch Grundstücksverkäufe im Neubaugebiet „Am Alten Damm“ wird sich mit wenigen Ausnahmen für das Haushaltsjahr 2004 noch als schwierig herausstellen. Kaufinteressenten, so zeigt die Erfahrung, gibt es erst dann, wenn ein zeitnaher Baubeginn erkennbar wird.

Im Rahmen des Umlegungsverfahrens hatte die Gemeinde Mutterstadt im Jahre 2001 Grundstücke im Neubaugebiet „Am Alten Damm“ im Wert von 1.888.000,00 € gekauft. Damit sollte ein zeitnaher Abschluss des Verfahrens und ein rascher Erschließungsbeginn gewährleistet werden.

Die Entscheidung durch den Gemeinderat wurde spontan bei einer Sitzung, durch den ausdrücklichen Wunsch der Verwaltung und insbesondere durch die Empfehlung des Bauamtes, getroffen.

Die Finanzierung erfolgte ausschließlich durch Kreditaufnahme.

Wenn der Zinssatz bei Kommunaldarlehen zurzeit ca. 4,5 % beträgt, entstehen jährliche Folgekosten von ca. 85.000,00 €. Nach 3 Jahren kommt damit der stolze Betrag von 255.000,00 € zusammen. Hinzu kommen angefallene Verfahrens- und Erschließungskosten, sowie der Verwaltungsaufwand für Vermarktung und Verkauf.

Die CDU-Fraktion hat große Zweifel, ob die bisher angelaufenen Kosten durch den Verkauf der Grundstücke wieder reinkommen.

In diesem Zusammenhang sollte nicht unerwähnt bleiben, dass ohne die Entscheidung von CDU und FWG gegen die zentrale Wärmeversorgung im Neubaugebiet „Am Alten Damm“ der baldige Abschluss der Erschließungsmaßnahmen Ende 2004 / Anfang 2005 weiterhin ein Wunschtraum geblieben und die Defizite noch größer geworden wären.

Ein Investitionsflop der Verwaltung ist der Garagenneubau „Am Dorfgraben“. Öffentliche Gelder sind ohne erkennbares gemeindliches Interesse offensichtlich in den Sand gesetzt worden. Erst kürzlich konnten die Garagen vermietet werden und bringen damit etwas Geld ein.

Das dringend benötigte und seit Jahren von der CDU geforderte Nutzungs- und Vermarktungskonzept für gemeindeeigene Grundstücke liegt immer noch nicht dem Gemeinderat vor.

Die CDU-Fraktion hat dieses zum wiederholten Male für folgende innerörtliche Flächen gefordert:

- a) Geländeareal in der Oggersheimer Str. 42ff
- b) Emmerich-Haus mit den gegenüber zukünftig leerstehenden Garagen der Feuerwehr, dem Grundstück in der Luitpoldstr. 12 und dem Gelände neben dem Alten Rathaus.

Hat die Verwaltung inzwischen geprüft, ob rechtliche Einwände bezüglich einer anderweitigen Nutzung bzw. des Verkaufs des Emmerich-Hauses bestehen?

Unser Fazit:

Wenn die Einschätzung richtig ist, dass nur die Einnahmen aus dem Verkauf der gemeindeeigenen Grundstücke uns noch einen finanziellen Gestaltungsspielraum lassen, dann wird es höchste Zeit, dass die Verwaltung sich darum offensiver bemüht.

Verkehr/ Lärmbelästigung

Die CDU-Fraktion wird sich erst nach der Anbindung der L 524 an die B 9 und der Schaffung einer weiteren Zu- bzw. Ausfahrt zum bestehenden Gewerbegebiet von der L 524 aus auf Höhe der Einfahrt zur Schifferstadter Straße, mit konkreten Erweiterungsplänen auseinandersetzen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt an eine konkrete Erweiterung des Gewerbegebietes zu denken, wäre sicher verfrüht.

Lärmbelästigung durch Verkehr, dem sich auch die Agenda 21 sehr gewidmet hat, gilt unser besonderes Augenmerk. Die Wohnqualität des gesamten Ortes soll durch gezielten Lärmschutz verbessert werden. Geschwindigkeitsbeschränkungen stellen nur einen Aspekt dar. Maßnahmen zur Lärmreduzierung werden sich auch im Hinblick auf das Neubaugebiet „Am Alten Damm“ verkaufsfördernd auswirken. Wir schließen dabei auch die nicht also weit entfernte Autobahn mit ein.

In diesem Kontext fordert die CDU von der Verwaltung auch ein Konzept für die Reduzierung des landwirtschaftlichen Verkehrs, beispielsweise durch den Ausbau von geeigneten Strecken zum Pfalzmarkt. Das haben wir schon lange gefordert.

Ein aktueller Antrag von CDU und FWG ist noch zu behandeln.

Waldstraße

Die Verkehrsbelastung in der Waldstraße ist für die Anwohner, wie ich aus eigener Erfahrung weiß, unerträglich. Der Unmut der Anlieger ist groß.

Die Möglichkeiten einer Verkehrsberuhigung der Waldstraße, die eine Kreisstraße ist, sind für die Gemeinde leider rechtlich sehr stark eingeschränkt. Wir warnen davor, Erwartungen bei den Anwohnern zu wecken, die von der Verwaltung nicht erfüllt werden können.

Eine wirkliche Beruhigung wird sich erst mit der Anbindung der L 524 an die B 9 einstellen. Hierbei liegt die Verantwortung aber außerhalb der Gemeinde. Wir wünschen uns einen rascheren Fortschritt in der Umsetzung dieser Maßnahme. Leider haben wir zu wenig Einfluss auf den Gang der Dinge.

Bibliothek

Durch die erstmalige Einführung von Benutzungsentgelten bei der Ausleihe von Büchern der Gemeindebibliothek sollen in diesem Jahr Einnahmen in Höhe von 18.000,00 € erzielt werden.

Die CDU-Fraktion unterstützt ihren Ersten Beigeordneten Konrad Heller und macht sich für Folgendes stark:

- der aktuelle Standard soll erhalten werden
- das Angebot soll am sich ändernden Bedarf orientiert sein
- neue Medien und Datenträger sollen berücksichtigt werden.

Wir können auf den Bücherbestand und die Führung der Gemeindebibliothek zu Recht stolz sein. Dies verdanken wir nicht zuletzt Frau Bauer und ihrem Team, die trotz schwierig gewordener Bedingungen gute Arbeit leisten. Herzlichen Dank.

Seniorentagesstätte

Die Seniorentagesstätte ist die einzige Einrichtung der Gemeinde, die ausschließlich durch ehrenamtliches Engagement betrieben wird. Unsere älteren Mitbürger finden hierin eine Anlaufstätte, in der sie in einem fast familiären Umfeld gleichgesinnte Menschen treffen können.

Der jährlich für einen guten Zweck stattfindende Basar ist der beste Ausdruck des kreativen - handwerklichen Miteinanders.

Die CDU wird sich dafür einsetzen, dass auch in Mutterstadt, wie dies in anderen Gemeinden schon der Fall ist, ein Seniorenbeirat gebildet wird. Wir setzen dabei voraus, dass bei den in der Altenarbeit tätigen Organisationen daran ein Interesse besteht.

Heute ist vieles im Sozialbereich gerade für ältere, alleinstehende Menschen nicht mehr durchschaubar. Denken wir nur an die neuen Bestimmungen im Gesundheitswesen oder an die Rente. Es gibt in der Gemeinde eine Sozialarbeiterin, die als Ansprechpartnerin auch für Senioren zur Verfügung steht. Diese Möglichkeit wird von Senioren noch kaum genutzt, weil sie zu wenig bekannt ist. Wir bitten die Verwaltung, diese Dienstleistung im Amtsblatt zukünftig stärker herauszustellen.

Den Verantwortlichen des Seniorenkreises gilt unsere größte Anerkennung und Wertschätzung.

Palatinum

Das Palatinum ist seit über 5 Jahren der kulturelle Mittelpunkt unserer Gemeinde. Dieses Haus tritt damit als Werbeträger einer guten Infrastruktur in Mutterstadt über die Orts- und Kreisgrenzen hinaus auf.

Gerade in Zeiten, in denen zur Besiedlung der neuerschlossenen Baugebiete ein großer Wettbewerb zwischen den Kommunen um Bauwillige herrscht, ist eine gute innerörtliche Infrastruktur ein entscheidender Standortvorteil.

Das Palatinum mit seinem kulturellen Angebot macht Mutterstadt attraktiv.

Die CDU setzt sich trotz knapper Haushaltskasse auch in den kommenden Jahren dafür ein:

- das kulturelle Niveau zu erhalten
- einen bedarfsgerechten Services zu gewährleisten
(Personal, Öffnungszeiten und Vernetzung mit dem Rathaus)
- Information, Werbung und Vermarktung zu verbessern.

Wir freuen uns in diesem Zusammenhang, dass künftig der Kartenvorverkauf auch über das Rathaus möglich ist. Die veränderte Organisationsstruktur der Verwaltung wird von der CDU mitgetragen.

An dieser Stelle möchten die Mitglieder der CDU-Fraktion dem Ersten Beigeordneten Herrn Heller und Frau Renner, stellvertretend für die Mitarbeiter des Palatinum, recht herzlich für ihren engagierten und vorbildhaften Einsatz danken.

Terrassenbelag des Palatinum

Leider hat sich schon bald nach der Einweihung des Palatinum herausgestellt, dass eine vollständige Erneuerung des Terrassenbelags unumgänglich ist. Die Frage von Schuld, Haftung, wer hat Fehler gemacht?, wer hat die Mängel zu verantworten?, wer ist zur Verantwortung zu ziehen?, ist von der Verwaltung verschleppt und bis heute nicht geklärt worden.

Es ist für uns ein unglaublicher Vorgang, dass das Bauamt und der Bürgermeister im August 2002 ohne Not, als die Probleme schon zu greifen waren, die Überweisung der Restschuld der Gemeinde gegenüber dem Hersteller in Höhe von 28.000,00 € vorgenommen haben, obwohl die eklatanten Mängel nicht behoben waren.

Dies ist für uns nicht nachvollziehbar.

Die CDU sieht sich in ihrer damals mehrheitlich vertretenen Auffassung bestätigt, dass Holz kein geeigneter Belag ist. Deshalb beantragen wir, in Absprache mit dem Architekten mögliche Alternativen zum Holzbelag bei der jetzigen Planung besonders zu prüfen.

Im Wirtschaftsplan 2004 des Palatinum sind 127.000,00 € zur Erneuerung des Belags eingestellt.

Neubau Feuerwehrgerätehaus

Nachdem nunmehr eine, auch von der CDU geforderte, noch wirtschaftlichere Lösung für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses gefunden wurde, konnte 2003 der „Erste Spatenstich“ erfolgen.

Das Investitionsvolumen beläuft sich auf 3.525.000,00 €. Davon werden 2004 allein 2.515.000,00 € durch den Gemeindehaushalt bereitgestellt.

Für das ehrgeizige Bauprojekt bitten wir die Verwaltung, dem Gemeinderat schon jetzt eine realistische Schätzung der Folgekosten vorzulegen.

Jugendtreff

Die Mitglieder der CDU-Fraktion standen und stehen zur Einrichtung eines Jugendtreffs in Mutterstadt. Jugendliche, die nicht im Vereinsleben der Gemeinde eingebunden sind, sollten ein Angebot zur Freizeitgestaltung und für außerschulische Hilfestellungen (z. B. bei Hausaufgaben, Bewerbungen um einen Ausbildungsplatz oder bei familiären Problemen) erhalten.

Wiederholt haben wir zum Ausdruck gebracht, dass wir aber bei einem Zuschussbedarf von 156.000,00 € mit der Umsetzung des Konzeptes für den Jugendtreff nicht zufrieden sind.

Deshalb stellte die CDU-Fraktion im letzten Jahr den Antrag, eine Vergabe des Betreuungsangebotes an einen externen Dienstleister zu prüfen.

Bis heute liegen uns von Seiten der Verwaltung keine Ergebnisse der von uns geforderten Prüfung vor.

Wir erwarten von der Verwaltung endlich einen umfassenden Bericht im Sozialausschuss.

Grundschulen

Die CDU bittet die Verwaltung zu prüfen, wie die ehemalige Hausmeisterwohnung in der Pestalozzischule für die Schulleitung als Verwaltungsraum genutzt werden kann.

Bei der Umgestaltung des Schulhofes der Mandelgrabenschule gilt dem Einsatz der Elterninitiative unser großes Lob. Die Unterstützung durch den gemeindlichen Bauhof sollte wohlwollend geprüft werden.

Kinderspielplätze

Die CDU fordert die Verabschiedung eines Kinderspielplatzkonzeptes für den gesamten Ortsbereich unter Einplanung einer Spielplatzfläche am Messplatz.

Geruchsbelästigung

Der Unmut in der Bevölkerung über die Geruchsbelästigung in Mutterstadt war im letzten Jahr besonders groß. Deshalb war dieses Problem im Rat auch Dauerthema.

Die Erkenntnisse der letzten Woche haben uns sehr überrascht. Von der Verwaltung fordern wir in diesem Zusammenhang eine lückenlose Aufarbeitung dieses Sachverhaltes.

Die nächsten Monate werden zeigen, ob die Geruchsbelästigung künftig unterbleibt.

Agenda 21

Nachhaltige umweltpolitische Akzente haben die Mitglieder der örtlichen Agenda 21 gesetzt. Der große Sachverstand, der in die vielen detailliert ausgearbeiteten Unterlagen der Agenda 21 eingeflossen ist, hat den politischen Entscheidungsträgern Mutterstadts wichtige Argumentationshilfen an die Hand gegeben.

Die öffentlichen Zusagen des Bürgermeisters, z. B. Verbesserung der Schulwege, Ausweitung der Tempo-30-Zonen, sind bisher leider nicht umgesetzt worden.

Den Mitgliedern der Agenda 21 gilt unser herzlicher Dank.

Partnerschaftsverein

Mit viel privatem Engagement sind Brücken nach Polen und jetzt auch nach Frankreich entstanden.

Wir wünschen uns für die kommenden Jahre, dass hoffentlich viele gegenseitige Begegnungen zu Stande kommen und sich aus dem Kennenlernen wirkliche Freundschaften entwickeln.

Vielen Dank dem Partnerschaftsverein.

Für die gute Zusammenarbeit im Rat möchten wir uns bei den Mitgliedern von SPD, FWG, FDP und den Grünen bedanken. Herrn Hammer, der uns für die internen Beratungen mit seinem Sachverstand zur Verfügung stand, gilt ein herzliches Dankeschön.

Die Mitglieder der CDU-Fraktion stimmen der vorliegenden Fassung des Haushaltsplans der Gemeinde Mutterstadt für das Jahr 2004, wenn nicht ohne Bedenken, zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Haushaltsrede von Hannelore Klamm (SPD):

Kommunen vor dem Finanzkollaps, Kommunen am Ende, Kommunale Selbstverwaltung gefährdet? Schlagwörter oder Wirklichkeit, Aufforderung zur Resignation oder zum Anpacken? Die Antwort müssen wir selbst finden.

Ich meine, Mutterstadt ist viel zu schön, als dass wir nicht alle gemeinsam versuchen sollten, für unsere Bürgerinnen und Bürger das Beste zu machen.

Bleibt dem Gemeinderat bei dem, was die Verwaltung mit ihrem ganzen geballten Fachwissen als Haushaltsplanentwurf vorgelegt hat, überhaupt noch Platz, sich mit seinen Möglichkeiten und Wünschen vernünftig einzubringen?

Diese Frage mussten wir uns schon während der internen Beratungen in unserer Fraktion und bei den Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss stellen. Denn: Die Lage der Gemeindefinanzen ist - wie schon in den beiden vergangenen Jahren - düster. Umso bedenklicher ist, dass der Sparwille der Verwaltung für uns nicht immer erkennbar ist. Die finanzielle Situation, ob im Bund, im Land oder bei unserer Gemeinde, ist kein Problem, das in den letzten fünf oder sechs Jahren entstanden ist, sondern hat sich über viele Jahre entwickelt. Wir haben seit Jahren über unsere Verhältnisse gelebt und dies nicht nur, weil die Politik dies wollte - nein, auch die Bürgerinnen und Bürger haben Ansprüche gestellt, denen von der Politik Rechnung getragen werden musste. Und welcher Bürgermeister oder Gemeinderat lässt sich nicht gerne für Wohltaten feiern?

Dazu kommt, dass durch eine Vielzahl von Auftragsangelegenheiten und Pflichtaufgaben der kommunalen Selbstverwaltung die Kommunen in ihren finanziellen Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt sind. Nicht zu Unrecht führen viele Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker das Ausmaß der Einschränkungen auch auf unzureichende Regeln über die finanziellen Konsequenzen einer Übertragung von Aufgaben durch den Bund oder die Länder zurück.

Rheinland-Pfalz wird deshalb das strikte Konnexitätsprinzip einführen und in der Landesverfassung verankern. Dies bedeutet getreu dem Motto „Wer bestellt, der bezahlt“, dass künftig nur dann Aufgaben auf die kommunale Ebene übertragen werden dürfen, wenn gleichzeitig ein entsprechender Ausgleich für die entstehende Mehrbelastung stattfindet.

Erfreulich ist festzustellen, dass der Verwaltungshaushalt 2004 nach einem anfänglichen Minus nun doch ausgeglichen werden kann. Dies ist vor allen Dingen der einmaligen Zahlung einer Konzessionsabgabe des Zweckverbandes für die Wasserversorgung in Höhe von 280.000,00 € und der Senkung der Gewerbesteuerumlage an den Bund zu verdanken. Ohne diese glücklichen Umstände wäre ein ausgeglichener Verwaltungshaushalt nicht möglich gewesen. Zur Finanzierung des Gesamthaushaltes müssen aber die noch vorhandenen Rücklagen in Höhe von rund

32.000,00 € aufgelöst werden und es wird ein Darlehen von 1,5 Mio. € benötigt. Dennoch wollen wir die kommunale Selbstverwaltung auch weiterhin mit Leben erfüllen. In Zeiten wie dieser ist mehr denn je Kreativität und Engagement gefordert, um den Wohnwert Mutterstadts zu erhalten und sogar zu verbessern. Die SPD-Fraktion ist bereit, sich entsprechend einzubringen. Dies ist ein wesentlicher Teil des politischen Auftrags, den uns die Bürgerinnen und Bürger erteilt haben. Unsere Aufgabe kann es nicht sein, der Verwaltung haarklein zu sagen, wie sie ihr Tagesgeschäft zu erledigen hat. Nein, wir wollen der Verwaltung und ihrer Spitze Wegweise zum Erreichen eines vereinbarten Zieles geben und ihr konstruktiv-kritisch bei all den anstehenden großen Herausforderungen zur Seite stehen.

Kurz gesagt: Der Rat bestimmt das Ziel, die Verwaltung darf den Weg zu diesem Ziel suchen. Wir nehmen die Verwaltung ernst, wollen unsererseits aber auch von der Verwaltung ernst genommen werden.

Heute dreht sich also alles um das liebe Geld, insbesondere um das, was uns fehlt.

Dennoch sollten wir die Probleme und Schwierigkeiten benennen und nicht nur lamentieren, wie schlecht es alle von Berlin über Mainz mit uns meinen. Denn zu allererst müssen wir unsere eigenen Hausaufgaben machen und Lösungen suchen und finden. Dies gilt für den Gemeinderat, aber auch und zwar vordringlich für die Verwaltung.

Ich werde mich im Folgenden mit den aus unserer Sicht grundlegenden Fragen im Zusammenhang mit dem Haushalt und den Rahmenbedingungen unseres kommunalpolitischen Handelns befassen.

War insbesondere das vergangene Jahr von einer trüben wirtschaftlichen Stimmung geprägt, so ist in diesem Jahr wieder mit einem Aufschwung zu rechnen. Umfragen aller namhaften Wirtschaftsinstitute sprechen dafür. Auch das Ansteigen des DAX gilt als Vorzeichen eines wirtschaftlichen Aufschwungs. Dennoch reißen die durch die Wirtschaftsflaute verursachten Steuermindereinnahmen auch 2004 ein Loch in unseren Gemeindegeldbeutel. Wir haben in Deutschland mit 20,7 Prozent die niedrigste volkswirtschaftliche Steuerquote aller Industrienationen seit Bestehen der Bundesrepublik. Es ist daher unverständlich und allenfalls populistisch zu erklären, dass die Oppositionsparteien im Bundestag erneut Steuersenkungen fordern, die überhaupt nicht finanzierbar sind und uns weitere Einnahmeausfälle bescheren würden. Der Staat muss seine Aufgaben im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger weiterhin erfüllen können und dazu braucht der Staat Steuereinnahmen, denn nur Reiche können sich einen armen Staat leisten.

Was wir aber brauchen ist eine Steuerstrukturreform, bei der Subventionsabbau und die Verbreiterung und Verstetigung der steuerlichen Bemessungsgrundlage im Vordergrund stehen sollten. Dabei wird uns natürlich das Geschrei der betroffenen Subventionsempfänger begleiten.

Gestatten Sie mir einen kurzen Rückblick auf das vergangene Haushaltsjahr und auf verschiedene Anträge und Aktivitäten unserer Fraktion hinzuweisen.

Feuerwehrgerätehaus

„Was lange währt, wird endlich gut“, so könnte die Stellungnahme unserer Freiwilligen Feuerwehr zum Neubau des Feuerwehrgerätehauses lauten. Und es ist vollbracht - die Baumaßnahmen haben begonnen. Mit diesem Neubau werden sinnvolle und vernünftige Rahmenbedingungen für unsere Freiwillige Feuerwehr geschaffen, die die Sicherheit für unsere Feuerwehrleute als auch einen zügigen Einsatz im Ernstfall und damit die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger gewährleisten. Die SPD-Fraktion ist dem rheinland-pfälzischen Innenministerium dankbar, dass sehr schnell im vergangenen Jahr der erste Landeszuschuss in Höhe von 100.000,00 € „geflossen“ ist und auch in diesem Jahr rund 300.000,00 € Zuschuss vom Land überwiesen werden. Unser Dank gilt außerdem allen Beteiligten - der Wehrleitung, der Feuerwehrmannschaft und dem Beigeordneten Hans-Dieter Schneider - für ihren Einsatz zur Umsetzung eines Neubaus. Die SPD-Fraktion erwartet allerdings nun auch von der Verwaltung, dass der veranschlagte Kostenrahmen auch im Hinblick auf die Haushaltslage der Gemeinde nicht überschritten wird. Erwartungen hat die SPD-Fraktion auch bezüglich der Erstellung eines Konzeptes für eine andere Nutzung des Geländes „Johann-Wilhelm-Emmerich-Haus“ unter Einbeziehung des Umfeldes Luitpold-, Hartmann- und Oggersheimer Straße. Bereits am 10.10.2000 stellte die SPD-Fraktion den Antrag, die Planung für das komplette Gelände in Auftrag zu geben, damit die Entwürfe mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutiert werden können und der größtmögliche Konsens

hergestellt wird. Auch in meinen Haushaltsreden in den vergangenen Jahren und zuletzt in der Haushaltsrede 2003 habe ich immer wieder darauf hingewiesen, dass nun endlich für dieses Gebiet ein Konzept erstellt werden müsse. Leider hat sich diese Erwartung bisher nicht erfüllt. Dies ist sehr ärgerlich und eine Missachtung des Gemeinderates. Die SPD-Fraktion erwartet nun nicht mehr, nein, sie fordert, dass dem Gemeinderat schnellstens ein Konzept für eine Nutzung des Geländes „Emmerich-Haus“ unter Einbeziehung des Umfeldes vorgelegt wird.

Alter Damm

Für die Gemeinde ist es erfreulich, dass mit der Erschließung des Neubaugebietes „Am Alten Damm“ endlich begonnen werden konnte. So besteht nun die Hoffnung, dass bereits in diesem Jahr das ein oder andere Grundstück verkauft werden kann und sich damit die Finanzlage der Gemeinde verbessert.

Unerfreulich ist in diesem Zusammenhang jedoch die „vergessene“ Beregnungsleitung, die nun auf Kosten der Gemeinde verlegt bzw. entfernt werden muss. Angesichts der Haushaltslage schmerzen die im Vermögenshaushalt 2003 eingestellten Mittel in Höhe von 50.000,00 € und die im Vermögenshaushalt 2004 eingestellten Mittel in Höhe von 12.000,00 € sehr. Bei einer ordnungsgemäßen Abwicklung des Verfahrens wären die Kosten für die Verlegung und Entfernung der Leitungen kostenneutral für die Gemeinde auf die Verfahrensbeteiligten umgelegt worden. Bis heute ist dem Gemeinderat immer noch nicht bekannt, wer für die Nichtberücksichtigung dieser Leitung im Baulandumlegungsverfahren verantwortlich ist. Die SPD-Fraktion hat deshalb den Antrag gestellt, die Verantwortlichkeit für die Entstehung der Kosten in Höhe von 62.000,00 € ernsthaft zu prüfen, damit der Schaden eventuell der Versicherung gemeldet und damit Schaden von der Gemeinde abgewendet werden kann. Wir erwarten von der Verwaltung, dass dem Gemeinderat eine konkrete und nachvollziehbare Darlegung des Sachverhaltes und der Maßnahmen, die ergriffen werden, vorgelegt wird.

Dringend notwendige Grundwasserschutzmaßnahmen

Die steigenden Grundwasserstände auch in der Gemarkung Mutterstadt haben nicht nur Folgen für die akut betroffenen Grundstückseigentümer und Landwirte. Über die Bau- und Ernteschäden hinaus werden bei weiter steigenden Wasserständen alle Grundstückseigentümer von einem erheblichen Image- und (als Folge) auch Wertverlust betroffen sein. Schnelle Entscheidungen und die Realisierung lokaler Maßnahmen zur Absenkung der Grundwasserhochstände und Einbindung dieser Maßnahmen in die geplanten überregionalen Planungen müssen die Gefahren bannen. Die Mutterstadter SPD-Fraktion drängt daher massiv auf die Planung und rasche Realisierung örtlicher Maßnahmen, um weitere Grundwasserschäden bei zu erwartenden wiederkehrenden starken Niederschlägen zu vermeiden oder bis zum Bau der geplanten überörtlichen Maßnahmen in Grenzen zu halten.

Tempo 30-Zonen

Zu schnelles Autofahren im Ort ist vielen Bürgerinnen und Bürgern ein Dorn im Auge. Die SPD-Fraktion hatte deshalb in der Vergangenheit wiederholt Anträge gestellt, innerorts Tempo 30 einzuführen. Nach vielen Diskussionen im Gemeinderat waren sich alle Fraktionen und die Verwaltung einig, dass -außer auf den Haupterschließungsstraßen - nach und nach generell Tempo 30 eingeführt wird. Dies ist insbesondere für die Anwohner in den betroffenen Straßen erfreulich. Weniger erfreulich ist jedoch die Tatsache, dass dies zu einem Schilderwald und damit zu Ausgaben geführt hat, die die Verwaltung bei einigem Nachdenken hätte einsparen können. Ein Schild an jedem Ortseingang mit dem Hinweis auf Tempo 30 im Ort wäre ausreichend gewesen. So wird es auch in vielen anderen Gemeinden gemacht.

Erfreulich ist, dass auf unseren Antrag hin in den beiden Spielstraßen Turnhall- und Bohligstraße der Hinweis „Schritttempo fahren“ angebracht wurde, denn dies war vielen Autofahrern überhaupt nicht bewusst. An dieser Stelle möchte ich mich auch bei der „Lokalen Agenda 21“ bedanken, die uns durch ihre Geschwindigkeitsmessungen in diesem Bereich unterstützt hat. Dass diese Geschwindigkeitsmessung sogar eine so genannte Blitz-Meldung bei Radio RPR hervorgerufen hat, brachte mich zum Schmunzeln, zeigt aber auch, dass dort zu schnell gefahren wurde. In diesem Zusammenhang sind auch die Initiativen der Lokalen Agenda für sichere Schulwege lobend zu erwähnen. Hier sollten von der Verwaltung weitere Maßnahmen-Vorschläge umgesetzt werden.

Eine der wichtigsten Maßnahmen wird unseres Erachtens dabei der Radweg nach Limburgerhof sein, der so schnell wie möglich gebaut werden muss.

Alter Friedhof

Der Zustand des Gehweges in der Ludwigshafener Straße entlang des alten Friedhofes, der in der Dämmerung und am Abend von Bürgerinnen und Bürgern als „nicht sicher“ empfunden wurde, ist durch das Zurückschneiden und Entfernen von Gestrüpp wesentlich verbessert worden. Dadurch hat sich nicht nur das subjektive Sicherheitsgefühl der Fußgänger verbessert, sondern es wurde auch objektiv zur Verschönerung des alten Friedhofes beigetragen, da die Friedhofsmauer nun wieder sichtbar ist. Die SPD-Fraktion bedankt sich bei der Verwaltung, dass ihrem Antrag so schnell gefolgt wurde, auch wenn es nach anfänglich immens übertriebenen Kostenschätzungen so aussah, als würde dies auf die lange Bank geschoben werden.

Bedanken dürfen wir uns auch bei der Verwaltung, insbesondere bei Wolfgang Becker, dass auf unseren Antrag hin ein Rollstuhl für den neuen Friedhof angeschafft wird. Dies wird gerade für ältere oder gehbehinderte Menschen eine große Erleichterung sein.

Terrassenbelag Palatinum

Dieses Ärgernis beschäftigt uns nun schon seit längerer Zeit, da der Belag inzwischen zu einer großen Unfallgefahr für die Besucher geworden ist. Es grenzt an ein Wunder, dass bisher noch keine folgenschweren Unfälle passiert sind. Unabhängig von dem Ausgang des Rechtsstreits mit der ausführenden Firma und der Verantwortlichkeit des Architekten halten wir es für dringend erforderlich, den Terrassenbelag in einen gefahrenfreien Zustand zu bringen. Dies haben wir in unserem Antrag zu den diesjährigen Haushaltsberatungen zum Ausdruck gebracht. Des Weiteren wollen wir die Verantwortlichkeiten dafür geklärt haben, da der Gemeinde durch den fehlerhaften Belag ein Schaden entstanden ist, den der Mutterstadter Steuerzahler zu tragen hat.

Nachdem uns nun eine überarbeitete Fassung des Wirtschaftsplans für das Palatinum vorliegt, in dem die beantragte Instandsetzung bzw. Erneuerung des Terrassenbelags mit 127.000,00 € haushaltsmäßig ausgewiesen wird, dürfen wir alle die Hoffnung haben, dass nun endlich die Terrasse in einen gefahrenfreien Zustand gebracht wird.

Palatinum

Die uns dargestellten Maßnahmen für das Palatinum sehen wir als nicht ausreichend und genügend durchdacht an. Natürlich kann durch Personaleinsparungen das Defizit verringert werden. Wenn dies jedoch zu einer Verringerung der Dienstleistung führt oder genauer ausgedrückt, zeitweise kein Ansprechpartner da ist, ist es fraglich, ob diese Seite des Konzeptes wirklich sinnvoll ist. Dieses organisatorische Problem muss von der Verwaltung zur Zufriedenheit der Kunden gelöst werden. Wir werden daher die von uns angeforderte betriebswirtschaftliche Kalkulation der Kosten für die kommerziellen Vermietungen unter die Lupe nehmen. Es nützt uns wenig, wenn unsere Kosten d.h. die Ausgaben für Personal, Strom oder Heizung höher sind als die Einnahmen, die durch die kommerzielle Vermietung eingehen. Dass wir bei der Vermietung der Halle an unsere Mutterstadter Vereine diese durch eine niedrigere Miete sponsern, ist gewollt und wird von uns mitgetragen, dies kann aber nicht für kommerzielle Mieter gelten, die bei ihren Veranstaltungen dann auf Kosten der Gemeinde Gewinn machen.

Die von uns schon in der Haushaltsrede 2003 geforderte monatliche Leistungsstatistik, die das Verhältnis Einnahmen - Ausgaben - Besucher - Personaleinsatz darstellt, wurde leider dem Gemeinderat bisher nicht vorgelegt. Wir bekämen dadurch einen genaueren Überblick und es würde zur Haushaltsklarheit im Wirtschaftsplan beitragen. Wir fragen uns, warum dies nicht gemacht wurde. Gibt es keine monatliche Leistungsstatistik oder will die Verwaltung sie uns nicht vorlegen?

Die Einnahmeseite des Palatinum ist nach wie vor - auch nach Ansicht von Fachleuten - wesentlich verbesserungsfähig, denn die Ertragsseite liegt im Vergleich zu anderen Hallen weiterhin unter dem Durchschnitt. Es müssen daher Veranstaltungen, die nach kalkulatorischer Rechnung Gewinn bringen, stärker forciert werden, es muss offensiv Werbung und Direktmarketing gemacht werden, es müssen die Nischen besetzt werden, die die großen Hallenbetreiber nicht anbieten können.

Es sollte daher von der Verwaltungsseite objektiv geprüft werden, ob diese Aufgaben allein intern wahrgenommen werden können oder ob externe Fachleute unterstützend mit in das Boot geholt werden sollten.

Ganztagschule

Leider ist es trotz des Bedarfs nicht gelungen, an einer der beiden Grundschulen ein Ganztagsangebot zu schaffen. Der Schulträger, sprich die Gemeinde, war dazu bereit und initiativ, die beiden Schulen bedauerlicherweise nicht. Dass diese Chance, gerade auch im Hinblick auf die Pisa-Studie und dem gesellschaftlichen Wandel, vorschnell aus teilweise fadenscheinigen Gründen verschenkt wurde, bedauert die SPD-Fraktion. Umso erfreulicher ist es, dass in unserer Nachbargemeinde Dannstadt-Schauernheim im kommenden Schuljahr in der Grund- und Hauptschule Kurpfalzschule die Ganztagschule angeboten wird. Durch die vom Landtag Rheinland-Pfalz beschlossene Änderung des Schulgesetzes können im kommenden Schuljahr auch Schulkinder der Nachbargemeinden dieses Angebot wahrnehmen. Dies eröffnet auch den Mutterstadter Eltern die Möglichkeit, ihre Kinder künftig in der Kurpfalzschule in Dannstadt-Schauernheim einzuschulen.

Erfreulich ist die Initiative der Mandelgraben-Schule, den Bereich des Schulhofes naturnah umzugestalten. Dies soll mit großem Engagement der Eltern und durch Hilfestellung der Verwaltung geschehen. Die SPD Mutterstadt hat - praktisch als Anschubfinanzierung 1000,00 € für dieses Vorhaben gespendet und hofft, dass dies Beispiel für die anderen Parteien und Gruppen sein wird. Bedanken möchte sich die SPD-Fraktion auch für die Eigeninitiative an der Pestalozzi-Schule bei der Beschaffung ergonomischer Stühle.

Geruchsbelästigung

Wie in den letzten Tagen in der Presse zu lesen war, ist vielleicht eine wesentliche Ursache der Geruchsbelästigungen in den vergangenen Monaten in Mutterstadt gefunden worden. Die Gerüche, durch die ein großer Teil der Mutterstadter Bevölkerung zeitweise so sehr belästigt wurde, dass es nicht mehr möglich war, ein Fenster zu öffnen, entstanden wahrscheinlich durch falsches Einleiten von Abwässer eines Unternehmens in den Kanal auf dem eigenen Firmengelände, obwohl diese Abwässer in das Hauptpumpwerk entsorgt hätten werden müssen. Wir erwarten von der Gemeindeverwaltung, dass eine genaue Untersuchung dieses Vorgangs in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden stattfindet. Und wir erwarten natürlich, dass für die nicht rechtens entsorgten Abwässer Abwassergebühren erhoben werden, wie sie jeder andere Bürger in Mutterstadt auch zahlen muss.

Die SPD-Fraktion hofft, dass sich nun die Wogen, die durch die Geruchsbelästigungen entstanden sind, wieder glätten und wieder etwas mehr Ruhe auch bei den Anwohnern im Gewerbegebiet einkehrt.

Anregungen, Hinweise, Anträge und Anfragen von allen Fraktionen werden, das ist unser Eindruck, oft nicht ernsthaft, nachdrücklich und flexibel auf ihre Machbarkeit und Umsetzung hin geprüft. Nachfragen und Erinnerungen sind an der Tagesordnung. Und bekommen wir eine Antwort, haben wir oft den Eindruck, dass zu schnell nein, geht nicht, bringt nichts, gesagt wird. Ja, wir haben manchmal das Gefühl, als sei der Verwaltung der Gemeinderat nur lästig. Doch damit muss die Verwaltung leben. Wir von der SPD-Fraktion werden auch weiterhin im Interesse der Bürgerinnen und Bürger Anträge und Anfragen stellen und wir erwarten von der Verwaltung, dass diese auch zeitnah bearbeitet werden. Es geht nicht an, dass die Fraktionen oftmals Wochen auf eine Beantwortung ihrer Anfragen warten muss.

Wie aus dem Stellenplan zu entnehmen ist, ist genügend Personal in der Verwaltung und den gemeindeeigenen Einrichtungen vorhanden. Jetzt gilt es - dies ist Ihre Aufgabe, Herr Bürgermeister - das Personal auch optimal einzusetzen. Die neue Verwaltungsstruktur „Gemeinde 21“ muss daher so schnell wie möglich umgesetzt werden.

Wir müssen uns künftig auch weit mehr als bisher mit den Rechnungsergebnissen nach Ablauf des Haushaltsjahres befassen, denn die Rechnungsprüfungskommission stellt immer wieder fest, dass im Haushalt veranschlagte Einnahmen nicht geflossen sind und dass Ausgaben höher als veranschlagt waren.

In diesem Zusammenhang dürfen wir uns bei der Rechnungsprüfungskommission, für meine Fraktion besonders bei Klaus Leicht, bedanken, die oft in mühevoller Kleinarbeit ihre Arbeit macht und dafür viele Stunden Freizeit opfert.

Wenn wir die Zukunftssicherung der Gemeinde fortführen wollen, wenn wir gerechte Formen der sozialen Sicherheit erhalten wollen, wenn wir für eine nachhaltige Sicherung und Entwicklung unserer Umwelt im Sinne der lokalen Agenda 21 handeln wollen, wenn wir die Verkehrsprobleme lösen wollen, wenn wir weiterhin Lebensqualität im Kultur- und Freizeitbereich anbieten wollen, wenn wir die geforderte öffentliche Sicherheit und Ordnung gewährleisten wollen, und ich glaube, das wollen alle hier, dann müssen wir auch in den kommenden Jahren sparen. Dies macht der vorliegende Haushaltsplan-Entwurf deutlich. Vieles muss immer wieder auf den Prüfstand, Althergebrachtes überdacht und neue Ideen eingebracht werden. Leere Kassen erfordern Kreativität, dies ist die Aufgabe und Chance der Verwaltung. Sie ist gefordert, ihre Hausaufgaben zu machen, innovativ zu arbeiten und Vorgaben auch praktisch umzusetzen, denn dafür sind Sie, Herr Bürgermeister, gewählt, und dafür werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bezahlt.

Im Namen der SPD-Fraktion darf ich mich bei Ihnen, Herr Bürgermeister Ledig, und bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die Zusammenarbeit bedanken, namentlich bei den Leiterinnen und Leitern der Fachabteilungen, der gemeindeeigenen Einrichtungen sowie der Gleichstellungsbeauftragten, Frau Kern. Ich verbinde dies mit der Erwartung, dass die Absichtserklärungen der Verwaltung und die Beschlüsse im Gemeinderat zeitnah und 1:1 umgesetzt werden.

Für die geleistete Arbeit, insbesondere bei der Erstellung des Haushaltsplanes gilt unser Dank der Finanzabteilung, insbesondere Herrn Hammer. Bedanken darf ich mich auch bei den drei ehrenamtlichen Beigeordneten Herrn Heller, Herrn Schneider und Frau Brechtel.

Die SPD-Fraktion dankt außerdem allen Ehrenamtlichen, die zum Gemeinwohl in dem vergangenen Jahr beigetragen haben. Diese ehrenamtliche Tätigkeit kann nicht hoch genug bewertet werden, denn ohne diese Arbeit wäre unsere Gesellschaft ein großes Stück ärmer. Ich bedanke mich im Namen der SPD-Fraktion auch bei den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen für die meist gute Zusammenarbeit in den vergangenen fünf Jahren, die in vielen Fragen, wenn auch nicht immer, zum Konsens geführt hat.

Und ich hoffe, dass der bevorstehende Kommunalwahlkampf so fair verläuft, dass wir auch nach den Wahlen noch kollegial zusammen arbeiten können.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushaltsplan mit dem Investitionsprogramm mit Finanzplan zu.

Haushaltsrede von Hartmut Kegel (FWG):

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Ledig, verehrte Beigeordnete Frau Brechtel, Herr Heller und Herr Schneider,
liebe Ratskolleginnen und -kollegen
meine Damen und Herren,

wir beraten und beschließen heute Abend den Haushaltsplan für das Jahr 2004.

Nachdem das Haushaltsjahr 2003 erstmals mit einem defizitären Verwaltungshaushalt abgeschlossen wurde, war es ein vorrangiges Bestreben der Freien Wählergruppe Mutterstadt in diesem Jahr (übrigens des 30-jährigen Bestehens der FWG) den geplanten Haushalt 2004 auszugleichen. Dass dies letztendlich gelang, ist der guten Zusammenarbeit der Fraktionen des Gemeinderates in zahllosen Sitzungen zu verdanken.

Finanzielle Gesamtsituation

Der Verwaltungshaushalt weist gegenüber dem Vorjahr mit rd. 13.1 Mill. € eine Steigerung von 3,3 Prozent auf. Der Überschuss in Höhe von 142.255,00 € kann pflichtgemäß dem Vermögenshaushalt zugeführt werden.

Der Erfolg des Ausgleichs ist hauptsächlich auf der Einnahmenseite zu suchen, wo die einmalige Rückzahlung von 280 000,00 € aus der Trinkwasserversorgung, sowie auf der Ausgabenseite die Senkung der Gewerbesteuerumlage um 119.400,00 € ein unerwartetes Plus von 399.400,00 € ergibt. Ohne diese beiden Haushaltsposten wäre kein Ausgleich möglich gewesen.

Signifikante Änderungen bei einzelnen Haushaltsstellen wurden bei den Vorberatungen angesprochen und von den Fachkräften der Verwaltung Herrn Hammer und Herrn Holzwarth erläutert.

Der Vermögenshaushalt wird geprägt vom Baugebiet „Am Alten Damm“ und vom Neubau der Feuerwache. Geplante Grundstückserlöse von 1.795 Mill. € und eine Kreditaufnahme von 1.556 Mill. € machen allein knapp 80 Prozent der Gesamteinnahmen des Vermögenshaushaltes aus. Die Zukunft unserer Gemeinde wird geprägt, sowohl in soziologischer wie auch finanzieller Hinsicht von politischen Entscheidungen, die wir von der freien Wählergruppe mittragen, aber in einzelnen Fällen auch ablehnen. Wie in der großen Wirtschaftspolitik müssen auch wir überall nach Sparmöglichkeiten suchen, um die Konsolidierung unseres Haushaltes zu erreichen. Ansatz hierzu bieten die gemeindlichen Einrichtungen, sowie längerfristig die anstehende Verwaltungsreform im organisatorischen Bereich.

Lassen sie mich nun aber auf einzelne Bereiche eingehen.

Geruchsbelästigung

Wie sie alle durch verschiedene Artikel aus der Presse entnehmen konnten, scheint mit der Fa. Zeller ein Hauptverursacher für die Geruchsbelästigung im Gewerbegebiet ermittelt. Die Freie Wählergruppe hat, unterstützt durch die Bürgerinitiative schon seit geraumer Zeit versucht, durch Anfragen zuletzt in einer gemeinsamen Anfrage aller drei im Gemeinderat vertretenen Fraktionen den oder die einleitenden Firmen zu ermitteln. Dass sich die Fragen in diesem Antrag nur auf den Tankreinigungsbetrieb bezogen, rührte aus der Annahme, andere Verursacher gäbe es im Gewerbegebiet nicht. Wir können den Unmut von Familie Kobler verstehen, jahrelang als alleiniger Beschuldigter erhalten zu müssen. Andererseits enthält der Antrag auch Fragen, die sich nicht direkt auf Geruchsimmissionen beziehen, sondern auch auf die bestehende Belastung durch den Schwerverkehr.

Der zweiten Quelle der Gerüche, die Kompostieranlage mit Biokompost und Hackschnitzelaufbereitung muss nun unsere Aufmerksamkeit gelten. Auch hier müssen die Belastungen durch Geruch und Verkehr weitgehend vermieden werden. Die Überwachungsfunktion unseres Ordnungsamtes bei Hinweisen aus der Bevölkerung ist dabei der richtige Ansatzpunkt.

Jugendtreff

Die Jugendfreizeitstätte und das dortige Umfeld um die neue Pforte geben Anlass zur Kritik. Es kommt immer häufiger zu Belästigungen von Jugendlichen und älteren Mitbürgern. Ich fordere hiermit die Leitung des Jugendtreffs auf, sich mehr um diese Vorgänge im Außenbereich zu kümmern. Es ist nicht unsere Absicht die Jugendarbeit einzuschränken, jedoch muss die personelle Konzeption auf den Prüfstand um dort Einsparungen zu erzielen.

Bibliothek

Mutterstadt besitzt eine gut ausgestattete Bibliothek unter ausgezeichneter personeller Leitung. Nachdem in den letzten Jahren hier viel investiert wurde, haben wir hier versucht, die Sachausgaben auf das nötigste zu beschränken.

Kreiseigene Rundsporthalle

Unsere Gemeinde beteiligt sich an den Betriebskosten der kreiseigenen Rundsporthalle jährlich mit 42 000,00 €. Über diesen Zuschuss für den außerschulischen Bereich muss mit der Kreisverwaltung verhandelt werden, zumal andere Gemeinden bei ähnlichen Objekten vom Kreis nicht zur Kasse gebeten werden.

Alter Damm

Mitte vergangenen Jahres wurde der Spatenstich für diese Neubaugebiet ausgeführt. Bis es soweit war, mussten viele Steine, sogar Beregnungsleitungen aus dem Weg geräumt werden. Nicht zuletzt der FWG ist es zu verdanken, dass die Erschließung nun so zügig vorangeht. Nun ist ein größtes Augenmerk auf die professionelle Vermarktung der gemeindeeigenen Grundstücke zu legen. Dabei kann es erforderlich werden, dass der in manchen Bereichen großzügig ausgelegte Flächenzuschnitt umgeplant werden muss.

Neubau der Feuerwache

Trotz unserer eindringlichen Vorbehalte größere Investitionen auf Pump zu bauen, wurde mit dem Bau der Feuerwache begonnen. Selbst die Kreisverwaltung als Aufsichtsbehörde machte in dieser Hinsicht Einwände geltend. Deshalb muss sich unser Bürgermeister, Ewald Ledig die Frage gefallen lassen, wie diese Investition und die daraus resultierenden Folgekosten angesichts der prekären Haushaltssituation bezahlt werden sollen.

Windkraft

Im Juli 2003 unterzeichneten die Städte Frankenthal und Ludwigshafen gemeinsam mit ihren umliegenden Gemeinden eine Vereinbarung über eine überregionale Zusammenarbeit mit dem Ziel die Verspargelung der Landschaft durch Windräder zu verhindern. Diese Vereinbarung bedeutet, dass Ludwigshafen keine Fläche für Windenergie bereitstellen muss. Hier hätte der Gemeinderat in die Vorgespräche zwischen Gemeindeverwaltung und Ludwigshafen mit einbezogen werden müssen um im Gegenzug für unsere Gemeinde eine Kompensation im Bereich Grundwasserentlastung über das Maudacher Bruch zu erreichen.

Auf der Gemarkung Mutterstadts ist im Bereich des alten Wasserwerkes eine Vorrangfläche für Windkraftträder ausgewiesen. Trotz gemeinsamer Anstrengung aller Fraktionen des Gemeinderates gelang es nicht, diese Fläche an den nordwestlichen Rand der Gemarkung zu verlegen. Die jetzige Fläche befindet sich in einem intensiv genutzten landwirtschaftlichen Bereich mit hohem Folienanteil. Somit kann eine Gefährdung für und durch die Windkraftträder nicht ausgeschlossen werden. Deshalb müssen bei Bauanträgen für solche Anlagen die Erschließung, sowie eine drohende Gefährdung der unter den Windrädern arbeitenden Menschen bedacht werden. Die neuen Abstandsauflagen zur Wohnbebauung von 1000 Metern sind bei dieser Fläche nicht einzuhalten.

Abwasserbeseitigung

Der Wirtschaftsplan 2004 weist einen Überschuss von 75 000,00 € aus. Mit der Stadt Ludwigshafen wurde im Mai 2003 eine neue Zweckvereinbarung für Abwasser und Regenwasser beschlossen. Sehr erfreulich ist die Abwasserabgabefreiheit unserer Gemeinde durch die SGD-Süd. Hier haben wir, die Freie Wählergruppe, durch ständiges Nachfragen bei der Verwaltung den Gang der Dinge beschleunigt. Durch eine in diesem Jahr zu verabschiedende Satzung für die Fäkalienabfuhr im Außenbereich lässt sich die Wirtschaftlichkeit unserer Abwasserbeseitigungseinrichtung noch erhöhen.

Grundwasser

Obwohl das vergangene Jahr außergewöhnlich trocken war, sind die Grundwasserstände nicht im erwarteten Maße gesunken. Bei starken Regenfällen ist unsere Gemarkung weiterhin stark überflutungsgefährdet. Deshalb genießt dieses Thema bei der FWG noch höchste Priorität. Die Verbesserung der Abflussverhältnisse im Isenach-Eckbachgebiet wird von der SGD-Süd und dem Gewässerzweckverband zügig vorgebracht. Die so genannte Südspange, die den Floßbach mit dem Rehbachsystem verbindet, wird in zwei Varianten geplant. Variante 2 wurde erst auf Anregung der Mutterstadter Bauernschaft zögerlich aufgenommen und muss als bessere Lösung zum Zuge kommen. Sie verläuft westlich von Mutterstadt und Limburgerhof größtenteils im Bereich des alten Floßbachbettes, greift deshalb weit weniger in die Landschaft ein, als die Variante 1. Über lokale Maßnahmen im Gemarkungsbereich wird innerhalb der nächsten Monate entschieden werden. Es ist erfreulich, dass im Investitionsplan für die folgenden Jahre bereits Gelder für diese Vorhaben bereitgestellt sind.

Pestalozzi-Schule

Der Umbau der leerstehenden Hausmeisterwohnung in der Pestalozzischule sollte unbedingt begonnen werden. Mit geringem finanziellem Aufwand unter der Mithilfe unseres Bauhofes sollte es möglich sein einen Büroraum für die Schulleitung und ein Lehrerzimmer zu schaffen.

Palatinum

Unser Palatinum wurde für die örtlichen Vereine errichtet und ist leider hoch defizitär. Eine bessere wirtschaftliche Nutzung muss erreicht werden, da sonst der finanzielle Spielraum unserer Gemeinde stark eingeschränkt wird.

Landwirtschaft

Unsere Landwirtschaft prägt in hohem Maße die Kulturlandschaft und stellt für die Region einen nicht zu unterschätzenden Wirtschaftsfaktor dar, sei es durch die Bereitstellung von Arbeitsplätzen oder durch die Pflege der Landschaft. Größere Einschnitte in die Ökonomie durch die anstehenden Agrarreform oder Einschränkungen durch falsch umgesetzte Landschaftspläne würden hier zu unabsehbaren Umwälzungen führen. Die Verkehrsbelastung des Ortes durch landwirtschaftliche Fahrzeuge zum Pfalzmarkt kann durch ein verbessertes Wegenetz reduziert werden. Meine Fraktion hat hierzu gemeinsam mit der CDU einen Antrag an die Verwaltung gestellt. Wie aus dem Haushaltsplan zu ersehen ist, liegt der Anteil der allgemeinen Verwaltungskosten im Landwirtschaftshaushalt mit 19 Tsd. € bei fast 50 Prozent des Gesamtetats. Dies steht in keinem Verhältnis zum tatsächlichen Aufwand. Von der Verwaltung wurde der FWG eine Neubewertung versprochen. Des Weiteren muss der Außenbereich unseres Dorfes mit in die Überwachungsaufgaben des Ordnungsamtes einbezogen werden. Dies sollte sowohl die Feldflur, als auch den Gemeindewald (Stichwort freilaufende Hunde) umfassen.

Radweg nach Limburgerhof

Obwohl die Planung für diesen Radweg längst abgeschlossen sind, ist ein weiteres Jahr vergangen, ohne dass die Gemeindeverwaltung irgendetwas unternommen hat. Was muss denn der Gemeinderat noch tun, damit sich hier etwas bewegt?

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss meiner Ausführungen. Ich bedanke mich bei den Damen und Herren des Gemeinderates und den Mitgliedern der Fachausschüsse für die fruchtbare Zusammenarbeit.

Die Hausaufgaben der Gemeindeverwaltung bei Kosteneinsparungen übernehmen mittlerweile der Haupt- und Finanzausschuss, der Gemeinderat, sowie der Rechnungsprüfungsausschuss, deren Vorschläge dann in letzter Minute umgesetzt werden.

Dennoch gilt mein Dank Herrn Bürgermeister Ledig und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, besonders den Leiterinnen und Leitern der Fachabteilungen, sowie der Gleichstellungsbeauftragten Renate Kern.

Mein besonderer Dank gilt dem Leiter der Finanzabteilung, Herrn Hammer und den Beigeordneten Frau Brechtel, Herrn Heller und Herrn Schneider.

Die Freie Wählergruppe hat konstruktiv an der Erstellung des vorliegenden Haushaltsplanes für 2004 und des Finanz- und Investitionsprogramms von 2003-2007 mitgearbeitet, lehnt aber wegen der bereits getroffenen Investitionsentscheidungen auf Kredit den vorgelegten Haushalt und den Finanzplan ab.

Haushaltsrede von Ingrid Schellhammer (GRÜNE):

Lieber Herr Bürgermeister, liebe Verwaltung, liebe RatskollegInnen, liebe Gäste,

die Nicht-Fraktion der Grünen möchte sich zunächst einmal bei Herrn Hammer bedanken für die gute Arbeit. Es ist alles andere als leicht unter den gegebenen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen einen einigermaßen bürgerfreundlichen und dennoch ausgeglichenen Haushalt aufzustellen.

Was wir Grünen schon lange gesehen haben, sehen nun endlich, wenn auch mit viel Verspätung, alle Parteien samt Verwaltung: die Folgekosten des Großprojektes Palatinum bindet so viel an Steuereinnahmen, dass eine bürgerfreundliche Politik in unserer Gemeinde kaum noch möglich ist. Einsparungen scheinen unumgänglich. Und wie in der großen Politik, so scheint auch leider der Gemeinderat, insbesondere die CDU, der Leitlinie zu folgen: eingespart wird bei denen, die keine Lobby haben und seien es auch nur Peanuts - während gleichzeitig so einige von Lobbies geschützte heilige Kühe fröhlich und ungebremst vor sich hin grasen. Der Scherz sei mir in der Faschingszeit erlaubt: Mutterstadt ist nicht nur ein "Großdorf", wie unser Herr Bürgermeister auf

der Internetseite von Mutterstadt schreibt, sondern es scheint auch ein Kuhdorf zu sein: voll von heiligen Kühen, die nicht angerührt werden dürfen, schon gar nicht angesichts eines bald wieder anstehenden Wahlkampfes ...

Dass über die heilige Kuh Palatinum endlich und parteiübergreifend diskutiert wird, ist ein großer Fortschritt. Auch dass die Zuständigen, Herrn Heller und Frau Renner, angefangen haben, über Sparmaßnahmen in diesem Bereich nachzudenken, ist sicherlich ein Fortschritt. Was hier allerdings nach wie vor fehlt, ist ein Konzept, mit dem das nun mal vorhandene Palatinum attraktiver gemacht und das jährliche Defizit durch Erhöhung der Einnahmen verringert werden könnte. Einsparen allein kann keine wirklich befriedigende Lösung sein. Einsparen allein heißt lediglich, dass die Gemeinde ein leerstehendes Haus teuer bezahlt und verwaltet, von dem die Bürger nichts haben. Ich bin keine Betriebswirtin, aber mein durchschnittlicher Menschenverstand lässt mich ahnen, dass die Kosten der wenigen Veranstaltungen deshalb so hoch sind, weil sich die monatlichen Unterhaltung- und Personalkosten auf ganz wenige Veranstaltungen aufteilen oder anders gesagt, weil ganz viel Leerstand und Leerlauf bezahlt werden muss. Möglicherweise sähe die Kostenkalkulation bei mehr Veranstaltungen wesentlich günstiger aus und das könnte bedeuten, dass die Anmietung des Palatinum auch für kommerzielle Veranstaltungen attraktiver als bisher sein könnte.

Es ist sicherlich richtig, was Herr Heller immer wieder betont, dass Kultur nicht kostenlos zu haben ist, doch wenn diese Argumentation dazu benutzt wird, die Forderung nach einem Konzept und einer betriebswirtschaftlichen Kalkulation abzuwehren, ist das einfach nur ärgerlich und auch wenig konstruktiv. Auch muss hier einmal nachgefragt werden, was Herr Heller eigentlich unter Kulturförderung versteht, welche Kultur hier gefördert werden soll. Aktuell gefördert werden die kommerziellen Veranstaltung der Firma Salten mit einem Programm, das man so auch täglich im Fernsehen haben kann und das bestenfalls die über 60-jährigen noch vom Hocker reißt. Für die Jüngeren und insbesondere für die Jugend gibt es nichts. Wer anspruchsvolle Kultur sucht oder gerne zu seiner Generation angemessenen Konzerten gehen möchte, muss sich ins Auto oder in den Bus setzen und wo anders hinfahren.

Offiziell wird das Palatinum als Eigenbetrieb geführt, tatsächlich aber wird dieser Eigenbetrieb von der Verwaltung offensichtlich ähnlich dem Haus der Vereine oder dem Emmerich-Haus verwaltet, nur mit wesentlich mehr Aufwand. Ich meine, es sollte endlich ernstgenommen werden, dass das Palatinum ein Eigenbetrieb ist und es sollte endlich ein Konzept und eine betriebswirtschaftliche Kalkulation gemacht werden. Da es offensichtlich aber leider an betriebswirtschaftlicher Kompetenz in der Leitung fehlt, sollte hier eine personelle Umbesetzung vorgenommen werden oder, wenn das nicht möglich ist, externe Beratung zugekauft werden.

Eine andere heilige Kuh ist die Bauverwaltung. Die SPD hat den Antrag gestellt, dass 127.000,00 € für die Sanierung der Terrasse Palatinum in den Haushalt 2004 eingestellt werden sollen. Diese 127.000,00 € müssten nicht eingestellt werden, hätte die Bauverwaltung ordentlich gearbeitet und dafür gesorgt, dass der Belag von der damit beauftragten Firma so gemacht wird, wie er bestellt und bezahlt wurde. Stattdessen hat die Bauverwaltung erst einmal nichts getan, dann geklagt und nachdem die Klage aussichtslos erschien, sich mit dem Prozessgegner auf einen außergerichtlichen Vergleich eingelassen, ohne Anwesenheit des Anwalts und ohne Protokoll. Der Gemeinderat hat gefordert, dass die Verwaltung klären möge, wer diese Sache zu verantworten hat und ob gegebenenfalls die Haftpflichtversicherung der Gemeinde hier gefordert ist. Bisher gibt es auf diese Forderung keinerlei Reaktion.

Und das war nur eine Geschichte. Die zweite ist die mit den Bewässerungsrohren im Baugebiet Am Alten Damm, von denen die Bauverwaltung nichts gewusst haben will. In diesem Fall geht es um 62.000,00 €, die mal eben aus dem laufenden Haushalt bezahlt werden müssen ...

Angesichts dieser Summen mutet es einfach nur zynisch an, wenn dann der Gemeinderat von der Verwaltung die Aufgabe gestellt bekommt, Vorschläge zu Einsparungen in den freiwilligen Leistungen zu machen und einer dieser Vorschläge ist, den Etat für Neuanschaffungen der Gemeindebücherei um 50% d.h. 7.500,00 € zu kürzen. Und das nachdem man hier bereits kräftig

an Personal gekürzt hat und die Benutzer seit dem 1. Januar 2004 eine Benutzergebühr bezahlen müssen. Hier wird versucht mit Peanuts Löcher zu stopfen, während die heiligen Kühe an anderer Stelle weiterhin neue und viel größere Löcher in den Haushalt fressen dürfen.

Eine andere Heilige Kuh ist das geplante neue Feuerwehrgerätehaus. Wie alle hier vertretenen Parteien sehen auch wir Grünen, dass die Verhältnisse im Emmerich-Haus für die ehrenamtlichen Feuerwehrmänner und -frauen alles andere als attraktiv sind, weshalb wir Grünen auch einem Neubau zugestimmt haben. Allerdings ging der Beschluss das neue Feuerwehrhaus zu bauen von der Voraussetzung aus, dass zu Beginn des Baus ausreichend Geld da sein wird aus dem Verkauf der gemeindeeigenen Grundstücke Am Alten Damm. Bisher sind diese Grundstücke aber nicht verkauft und es sieht auch nicht so aus, als würden sie in naher Zukunft verkauft werden können. Die Nachfrage, so hört man allerorts, hält sich wohl gelinde gesagt in Grenzen. Das heißt aber für den Gemeindehaushalt, es muss hier - wie beim Bau des Palatinum - erneut Kredit aufgenommen und hinterher Zins und Tilgung bezahlt werden, alles in der Hoffnung auf zukünftig höhere Einnahmen, eine möglicherweise auch in Zukunft unerfüllte Hoffnung. Und was tun, wenn diese höheren Einnahmen nicht kommen, wo soll dann noch eingespart werden? Angesichts der eh schon angespannten Haushaltslage sollte deshalb aus unserer Sicht Größe und Zeitplan des Neubaus neu bedacht werden und es sollte dabei auch die Frage erlaubt sein, ob wirklich jedes Dorf sein eigenes großes Feuerwehrhaus und alle modernsten Fahrzeuge braucht oder ob da nicht etwas mehr an Zusammenarbeit und Arbeitsteilung über die Dorfgrenzen hinweg möglich sein könnte.

Weniger laut als die Feuerwehr können die Kinder der Pestalozzischule schreien und leider schreit für sie auch keine lautstarke Lobby. Dort wurde in gemeinsamer Aktion von Verwaltung und Gemeinderatsmehrheit beschlossen, die Putzarbeiten an eine Fremdfirma zu vergeben und das möglichst billig. Seitdem ist für die gesamte Schule statt bis dahin zwei Putzfrauen nur noch eine einzige und dazu noch schlecht bezahlte Putzfrau zuständig. Auch ist für einfachste und relativ billige Reparaturen kein Geld mehr da und auch niemand mehr, der es machen könnte, nachdem auch ein nur für die Schule zuständiger Hausmeister eingespart wurde. Entsprechend ist das Ergebnis.

Schon wenn man die Schule betritt, kann man an manchen Tagen die hygienischen Verhältnisse an dieser Schule im wahrsten Sinn des Wortes riechen. Und wenn man etwas genauer hinsieht, kann man sehen, dass hier schon lange nichts mehr investiert wurde. Auch hier wird an Peanuts gespart und den Kindern ohne viel Worte klar gemacht, wie viel sie uns wert sind.

Zum guten Schluss möchte ich auch dieses Jahr bemerken: Mutterstadt ist trotz aller heiligen Kühe und trotz aller Fehlinvestitionen noch immer ein reiches "Großdorf" - mit vielen gut verdienenden und gut Einkommenssteuer zahlenden Alt- und Neubürgern - weshalb Weltuntergangsstimmung nicht wirklich angesagt ist.

Außerdem wird der Haushalt Dank des Beschlusses der rot-grünen Regierung die Gewerbesteuerumlage um 20 % zu senken voraussichtlich mehr als ausgeglichen sein. Deshalb möchte wir Grünen dafür plädieren, den Haushaltsplan ohne weitere Sparmaßnahmen bei der Gemeindebücherei oder im sozialen Bereich zu verabschieden.

Beschluss bei 19 Ja-Stimmen und sechs Nein-Stimmen:

- a) Der Finanzplan und das Investitionsprogramm 2003 bis 2007 wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.
- b) Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan für das Jahr 2004 wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Information Geruchsbelästigung

In der Tageszeitung DIE RHEINPFALZ vom 13. und 14.02.2004 hat die Recycling-Firma Zeller eingeräumt, möglicherweise für die andauernde Geruchsbelästigung verantwortlich gewesen zu sein.

Der Vorsitzende bittet um Verständnis, dass er auf Grund des schwebenden Verfahrens dazu heute nur das wiederholen kann, wovon bereits die RHEINPFALZ berichtet hat.

Zur wöchentlichen Besprechung mit den Beigeordneten am Freitag, 13.02.2004 um 8 Uhr sind auch die Fraktionsvorsitzenden sowie Werner Zeller hinzugezogen worden. Am gleichen Tag um 11 Uhr trafen sich die Fraktionsvorsitzenden zu einem Ortstermin bei der benachbarten Tankreinigungsfirma Kobler, die auf die Einleitung aufmerksam gemacht hat. Fest steht bisher nur, dass die Firma Zeller im Jahre 2001 Abwasser, das sie auf dem Firmengelände abpumpen ließ, ins Hauptpumpwerk eingelassen hat. Dafür liegen die entsprechenden Rapportzettel vor, nach denen auch die fälligen Abwassergebühren abgerechnet worden sind.

Aus irgendwelchen Gründen sind diese Rapportzettel in den Jahren 2002 und 2003 nicht mehr vorgelegt worden. Die Verwaltung überprüft zurzeit die Angelegenheit.